



BRAND aktuell

ZUKUNFT

Instrumente für bessere
Eingliederungschancen
Seiten 4 – 11

HERKUNFT

Migranten als Unterneh-
mer in Brandenburg
Seite 16

ANKUNFT

Orientierungsberatung
zur Fachkräftesuche
Seite 18

AUSKUNFT

Standards für Qualität
der Weiterbildung
Seite 19

ZUSAMMENKUNFT

EU-Transfer von Inte-
grationsmethoden
Seite 23



Instrumentenreform zur Arbeitsförderung

Das neue Gesetz und seine Wirkung

Akzente-Thema: ► Nach der Instrumentenreform

- 4 Gesetz ‚Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt‘
- 5 – 6 Das Jobcenter Potsdam will Abhängigkeit von ergänzenden Leistungen senken
- 6 Das Eingliederungsbudget der Regionaldirektion für Brandenburg
- 7 Landkreis Uckermark – Arbeitsförderung des kommunalen Jobcenters nach der Reform
- 8 – 9 Wie sich die Instrumentenreform auf die Arbeitsförderung des Landes auswirkt
- 9 – 10 Wie der Landesverband der ABS auf die Reform reagiert
- 11 Der neue Chef der Arbeitsagenturen in Berlin und Brandenburg

Förderticker

- 12 Fördernachrichten aus der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Brandenburg

Prisma

- 13 Projekt LANDaktiv setzt auf praktische Erfahrung bei Jugendlichen zur Fachkräftegewinnung
- 14 – 15 Jobmotor BER: Welche Berufsfelder profitieren? – IAB-Analyse
- 16 Interview mit Michael Skalt, Unternehmer und Migrant
- 17 Arbeitsgruppe Brandenburg/Lubuskie wird fortgesetzt
- 18 Die Orientierungsberatung der Regionalbüros für Fachkräftesicherung
- 19 Interview mit Heidrun Saalfrank, Teamkoordinatorin Weiterbildung Brandenburg, LASA
- 20 Existenzgründerprojekt ‚young companies‘ weiter erfolgreich
- 20 Wege ins Erwachsensein – soziallagensensible Gesundheitsförderung
- 21 Bilanz zum zehnjährigen Jubiläum des Zukunftstages

Lesezeichen

- 21 Weiterbildung: Chefs schätzen aktive Vorschläge

EU-Bulletin

- 22 Innovation in Forschung und Unternehmen durch qualifizierte Zuwanderung unterstützen
- 23 HSI Transnational – Projekt will europäische Integrationsmethoden transferieren
- 24 – 25 5 Fragen – 5 Antworten: ‚Grundbildung für Erwachsene‘
- 25 Gemeinsame Grundsätze für aktives Altern in der EU gefordert
- 26 – 27 Europäische Agenda für Erwachsenenbildung erneuert
- 28 Zukunft des Europäischen Sozialfonds in Deutschland

Rechteck

- 29 Die Optimierung der Verfahrensabläufe – Neuigkeiten bei der Mittelanforderung
- 29 Toolbox Personalarbeit – gegen Fachkräftemangel

Tipps, Termine & Ausblicke

- 30 Bundesweite Veranstaltungshinweise

Kurz & bündig

- 31 Start frei für den Relaunch! BRANDaktuell im neuen Outfit
- 31 Zum Schluss bemerkt: Antje Kühnert zur Bilanz des Arbeitspolitischen Programms Brandenburg 2011

Der ESF nach 2013

Mehr Investitionen für den sozialen Zusammenhalt

Die Europäische Union hat eine umfassende Wachstumsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum angenommen. Der Vorschlag für den Finanzrahmen nach 2013 ist die finanzielle Unterfütterung dieser Strategie. Mit 376 Milliarden Euro bleiben die Mittel für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt ein wichtiger Bestandteil.

Die Kommission will den Mehrwert der europäischen Interventionen erhöhen: Geld dort konzentrieren, wo es am wichtigsten ist, insbesondere in den wachstumsfördernden Bereichen Bildung, Innovation und Humankapital. Solche Investitionen sind entscheidend für die wirtschaftliche Erholung Europas. Zumindest 25 Prozent des Kohäsionsbudgets oder 84 Milliarden Euro sollen auf den ESF entfallen; ein erheblicher Teil der EU-Ausgaben wird somit direkt den Bürgern helfen, einen Job zu finden oder eine neue Qualifikation zu erhalten.

Der ESF hat eine wichtige Rolle für die Strategie Europa 2020 zu spielen. Er kann direkt zu drei Kernzielen der Strategie beitragen. Zur Stärkung des ESF sollen mehr Mittel auf eine begrenzte Anzahl von Prioritäten konzentriert, mehr Fokus auf die von Ausgrenzung gefährdeten Menschen gelegt, eine bessere Koordinierung der Finanzierungsinstrumente der EU bewerkstelligt sowie mehr Ergebnisorientierung und einfachere Verfahren erreicht werden.

Die Kommission hat ebenso vorgeschlagen, die soziale Dimension des ESF zu stärken, indem 20 Prozent des ESF-Anteils auf nationaler Ebene für die soziale Eingliederung zur Verfügung gestellt werden. Die EU hat das ehrgeizige Ziel, bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu bekommen. Um dies zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Investitionen in die am meisten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft verstärken.

Der Kommissionsvorschlag enthält verschiedene Vorschläge zur Ergebnisorientierung. So räumt er z. B. eine neue Möglichkeit ein, Teile von Programmen durch Gemeinsame Aktionspläne umzusetzen. Diese werden ausschließlich auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse finanziert. In der Praxis wird es möglich, Zahlungen an Ergebnisse zu knüpfen und nicht an die zugrunde liegenden Ausgaben.

Die Strukturfonds weniger komplex zu machen, ist entscheidend, um Projekte schneller und effektiver umzusetzen. Deshalb schlägt die Kommission eine Harmonisierung der Regeln zur Zuschussfähigkeit vor. Der Vorschlag sieht auch vor, die Verhältnismäßigkeit besser anzuwenden, z. B. Projekte unter 100.000 Euro in der Anzahl weniger zu kontrollieren, sowie eine breitere Nutzung der vereinfachten Abrechnungsmethoden zu gewährleisten. Für den ESF ist es wichtig, eine Erhöhung der Höchstgrenzen für Pauschalzahlungen oder eine obligatorische vereinfachte Kostenerstattung für Projekte unterhalb von 50.000 Euro zu erreichen. Dies wird Verwaltungskosten und Fehler senken.

Mit den Vorschlägen zur Zukunft der Strukturfonds präsentiert die Kommission eine Reihe von Werkzeugen, die Solidarität, Effektivität und Relevanz der strategischen Investitionen in Humankapital anerkennen. Die Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Unterstützung für Beschäftigung und Soziales zu erhöhen, weil dies dafür sorgen wird, dass Europa die Voraussetzungen für zukünftiges Wachstum gestaltet. Dies sind die strategischen Investitionen, die für Europa lebenswichtig sind.



Thomas Bender,
Europäische Kommission,
ESF Gesetzgebung und Politik,
Financial Engineering

Akzente – Nach der Instrumentenreform:

Es ist nicht das erste Mal, dass eine Bundesregierung die Förderinstrumente ändert. Es ist nicht die gravierendste Reform. Die Hartz-Gesetze hatten die Arbeitslosen- und Sozialversicherung neu aufgestellt. Dennoch wird sich das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt auf die Arbeitsförderung in Brandenburg auswirken: auf die Landesförderung, auf die Arbeit der Jobcenter und der Arbeitsagenturen und auf die Arbeit der Beschäftigungs- und Bildungsträger. Teils gravierender als die Reform selbst wirken sich die Mittelkürzungen seit 2011 aus. Welche Folgen sich für die verschiedenen Akteure ergeben, zeigen wir in diesem Heft. Und wir nutzen die Gelegenheit, Dieter Wagon vorzustellen, den neuen Chef der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit.

Nur noch eine Richtung

Gesetz ‚Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt‘

Die Reform der Arbeitsförderinstrumente hat ein Ziel: Arbeitslose sollen effizient, das heißt schnell und möglichst nachhaltig, in sozialversicherungspflichtige Arbeit integriert werden. Denn, so das Bundesarbeitsministerium, auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt werden Arbeitskräfte benötigt.

Für das Bundesministerium ist das Gesetz die folgerichtige Reaktion auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt. So habe die Arbeitslosenquote im Jahr 2011 mit bundesweit 7,1 Prozent auf dem niedrigsten Niveau seit 1991 gelegen. Im gleichen Jahr seien 700.000 neue Jobs entstanden.

Handlungsspielräume ermöglichen

Die neu gefassten Fördermöglichkeiten sollen Arbeitsagenturen und Jobcentern den

„Der allgemeine Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig und hat klar Vorrang vor öffentlich geförderter Beschäftigung“, so das Bundesarbeitsministerium.

Handlungsspielraum schaffen, individuelle Voraussetzungen der Kunden stärker zu berücksichtigen und die Menschen zielgenauer mit aussichtsreichen Maßnahmen zu unterstützen.

Auch für Menschen, die nicht unmittelbar in ungeforderte Erwerbstätigkeit integriert werden können, gilt zunächst: Der Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig. Das ist nach den Erfahrungen von Nadin Schollbach vom Jobcenter in Potsdam tatsächlich für den Potsdamer Raum der Fall (S. 5 und 6). Auch Kunden mit schlechteren Profillagen würden eine Arbeit finden, so Schollbach. Die Arbeitslosen profitieren von der Nähe der Wirtschaftsräume in Berlin und Teltow-Fläming. Doch während das Jobcenter

Abgänge in Arbeit verzeichnet, sind Abgänge aus dem Leistungsbezug schwer realisierbar. Anders sieht es im Landkreis Uckermark aus. Für Michael Steffen, den Leiter des kommunalen Jobcenters, ist Integration in Arbeit nicht leicht zu erreichen. „Die Uckermark hat nicht die Wirtschaftsentwicklung, die wir brauchen“, sagt er. Fast 40 Prozent der Arbeitslosen im Landkreis sind langzeitarbeitslos. Gerade für sehr marktferne Kunden fehlt Steffen ein flexibles Instrument (S. 7).

Ein Instrument – viele Interessen

Für diejenigen, die nicht unmittelbar in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, ist die Förderung von Arbeitsverhältnissen, kurz FAV, gedacht. Als erwerbswirtschaftlich ausgerichtetes Instrument soll es ihnen Chancen eröffnen, in reguläre Beschäftigung zu kommen. Es ist kein Instrument, um eine sehr große Anzahl von Menschen zu unterstützen, dafür wird es zu teuer sein, und die Ausgaben dafür sind gedeckelt. Aber es interessiert die Akteure. Dieter Wagon, Leiter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, möchte es vor allem in Unternehmen einsetzen (S. 11). Für das Brandenburger Arbeitsministerium ist es das einzig verbleibende Instrument, mit dem das Landesprogramm ‚Arbeit für Brandenburg‘ noch möglich ist (S. 9). Und Roman Zinter vom Brandenburger Landesverband der Arbeits-, Bildungs- und Strukturförderungsgesellschaften denkt darüber nach, es für sozialbetriebliche Strukturen der Mitgliedsgesellschaften zu nutzen (S. 9 und 10). □ (ja)

Wesentliche Änderungen

Arbeitsgelegenheiten: Qualifizierung ist kein Bestandteil der Maßnahmen mehr

Es gibt nur noch Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. Kosten für Qualifizierungen, Bewerbungstraining und Profiling werden als Bestandteil der Arbeitsgelegenheit von den Jobcentern nicht mehr übernommen.

FAV – Förderung von Arbeitsverhältnissen für marktferne Kunden

FAV sind ausgerichtet auf erwerbswirtschaftliche Beschäftigung. Langzeitarbeitslose mit mindestens zwei Vermittlungshemmnissen können mit bis zu 75 Prozent des Arbeitsentgeltes zwei Jahre lang gefördert werden. Die Ausgaben für FAV sind gedeckelt. Zusammen mit der Freien Förderung dürfen sie 20 Prozent des Eingliederungstitels nicht überschreiten. FAV ersetzen den Beschäftigungszuschuss und die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante.

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung

Neu ist, dass Arbeitsagenturen und Jobcenter Gutscheine für diese Maßnahmen ausgeben können. Die bisherige Möglichkeit, Maßnahmen über ein Ausschreibungsverfahren einzukaufen, bleibt bestehen.

Förderung der beruflichen Weiterbildung

Jobcenter können Maßnahmen ausschreiben, bisher gab es nur Bildungsgutscheine.

Freie Förderung

Für Langzeitarbeitslose und Jugendliche, deren berufliche Integration erschwert ist, ist das Aufstockungsverbot aufgehoben.

Problem Leistungsbezug

Das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam will Abhängigkeit von ergänzenden Leistungen senken

Die Betriebe stellen wieder ein. Und die Arbeitslosen in der Stadt Potsdam profitieren von der Nähe der Wirtschaftsräume in Berlin und Teltow-Fläming. „Selbst Kunden mit schlechteren Profillagen finden Arbeit“, sagt Nadin Schollbach vom Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam. Die neuen Möglichkeiten, die mit der Instrumentenreform gekommen sind, wird ihr Haus zum Teil zurückhaltend nutzen.

Interessant findet Nadin Schollbach, dass ihre Mitarbeiter jetzt Gutscheine für Aktivierungsmaßnahmen ausgeben können. „Damit können wir besser auf individuelle Bedarfe eingehen.“ Ein Akademiker beispielsweise brauche ein anderes Bewerbungstraining als jemand, der eine Helfertätigkeit sucht. In diesem Jahr stehen dem Jobcenter gut sechs Millionen Euro weniger Eingliederungsbudget zur Verfügung als noch im Jahr 2010. „Damals, 2010, ging ein großer Teil des Geldes in Maßnahmen für den zweiten Arbeitsmarkt“, sagt Schollbach. Das ist vorbei, eingespart hat das Jobcenter vor allem bei den Arbeitsgelegenheiten. „Der Arbeitsmarkt hat sich verändert und nimmt wieder Leute auf“, so Schollbach.

Marktferne Kunden

Arbeitsgelegenheiten seien nur noch für diejenigen gedacht, die beschäftigt werden sollen, um ein halbes Jahr wieder eine gere-

gelte Tagesstruktur zu erfahren. Für diejenigen, die weit weg sind vom Arbeitsmarkt und für die Weiterbildungsmaßnahmen nicht in Frage kommen, will Schollbach vor allem Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ausschreiben. „Diese Maßnahmen können wir gezielt auf eine bestimmte Personengruppe zuschneiden.“ Für die neue ‚Förderung von Arbeitsverhältnissen‘ (FAV) sieht sie derzeit keinen Bedarf. Bis Mai gibt es noch Eintritte in das Bundesprogramm Bürgerarbeit, das reiche für dieses Jahr, sagt Nadin Schollbach. Schon im vergangenen Jahr hatte das Jobcenter Potsdam keinen Beschäftigungszuschuss mehr gefördert und Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante nur im Zusammenhang mit dem Landesprogramm ‚Arbeit für Brandenburg‘.

Drei große Kundengruppen gibt es im Jobcenter: diejenigen, die schnell in Arbeit kommen und nur verstärkter Vermittlung bedürfen.

Dann gibt es marktferne Langzeitarbeitslose. „Diejenigen dazwischen, die näher am Markt sind, aber etwas mehr Unterstützung brauchen als die erste Gruppe, gibt es praktisch nicht mehr“, sagt Schollbach.

Die ganze Bedarfsgemeinschaft betrachten

Neben den marktfernen Kunden bereitet ihr auch die dritte Gruppe Sorgen. Es sind diejenigen, die arbeiten, durchaus in Vollzeit, und ergänzend Leistungen zum Lebensunterhalt beziehen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. „Wir haben viele Arbeitsaufnahmen, aber Abgänge aus dem Leistungsbezug sind bei kleinen Einkünften häufig schwer >>

Arbeitslose, Eingliederungsbudget, Arbeitsgelegenheiten (AGH)

Arbeitslose (SGB II und SGB III)

Im Jahr 2011 hatte die Stadt Potsdam eine Arbeitslosenquote von 7,89 Prozent. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen lag bei 28 Prozent. Im Jahresdurchschnitt waren 6.550 Personen arbeitslos.

Rückblick

2005 waren jahresdurchschnittlich noch 10.498 Menschen arbeitslos.

2010 waren im Jahresdurchschnitt 6.800 Menschen arbeitslos.

Eingliederungsbudget/AGH (Jobcenter)

2010 – zur Verfügung stehendes Eingliederungsbudget: 15.283.961 Mio. Euro.

Monatlich zur Verfügung stehende Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH) (durchschnittlich): 917 Plätze.

2011 – zur Verfügung stehendes Eingliederungsbudget: 11.088.222 Mio. Euro.

Monatlich zur Verfügung stehende AGH (durchschnittlich): 488 Plätze.

2012 – zur Verfügung stehendes Eingliederungsbudget: 9.093.061 Mio. Euro.

Monatlich zur Verfügung stehende AGH (durchschnittlich): 330 (geplant)



„<< realisierbar“, beobachtet Schollbach. Dieser Gruppe möchte sie helfen, den Leistungsbezug hinter sich zu lassen. „Bisher haben wir alle Kunden immer individuell betrachtet, seit diesem Jahr können wir die ganze Bedarfsgemeinschaft erfassen.“ Möglich ist das, weil die statistische Auswertung geändert wurde. „Sind die Möglichkeiten für einen Partner in der Bedarfsgemeinschaft ausgeschöpft, können wir für den anderen Partner vielleicht noch etwas erreichen“, sagt Schollbach. Vor allem aber macht sich bemerkbar, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger Kunden betreuen und damit mehr Zeit für die verbliebenen Kunden haben. Auch das ist eine Folge der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Selbstständige im Leistungsbezug

Unter denjenigen, die ergänzende Leistungen zum Lebensunterhalt beziehen, gibt es auch viele Selbstständige. Für sie hält das neue Gesetz neue Leistungen parat. Jobcenter können jetzt auch Beratung und Qualifizierung fördern, um die Selbstständigkeit zu stabilisieren oder auszuweiten. Schollbach will die neuen Möglichkeiten jedoch nur sehr begrenzt nutzen, stattdessen setzt sie darauf, in Arbeit zu vermitteln. Nach ihren Erfahrungen sind viele selbstständige Tätigkeiten dieser Kunden nicht ausreichend tragfähig, da seien auch Qualifizierungen wenig hilfreich. □

(jac)



Das steht 2012 zur Verfügung

Das Eingliederungsbudget der Regionaldirektion für Brandenburg

Die Eingliederungsbudgets der Jobcenter sind von 2011 bis 2012 gesunken. Den Brandenburger Arbeitsagenturen stehen gut eine Millionen Euro mehr zur Verfügung, als sie im Jahr 2011 ausgegeben haben. Neben den Ausgaben und dem Mittelansatz zeigt die Tabelle auch die Ausgaben für ausgewählte Eingliederungsleistungen.

Die Tabelle bezieht sich auf die Arbeitsagenturen und die Jobcenter in gemeinsamer Trägerschaft von Arbeitsagentur und Kommunen (ARGEn) im Land Brandenburg. Sie zeigt,

- ▶ wie viel diese im Jahr 2011 für Eingliederungsleistungen ausgegeben haben und
- ▶ wie viel Mittel im Jahr 2012 für Eingliederungsleistungen angesetzt sind.

Ausgaben 2011 – Mittelansatz 2012

Die Zahlen stammen von der Bundesagentur für Arbeit. Dabei ist zu beachten, dass die Bundesagentur für das Jahr 2011 nur die tatsächlichen Ausgaben angibt, nicht aber den ursprünglichen Mittelansatz.

2012 – zwei ARGEn weniger

Nicht enthalten sind Ausgaben und Eingliederungsbudgets der kommunalen Jobcenter. Diese bekommen das Geld direkt vom Bundesarbeitsministerium. Dieser Fakt verzerrt die Vergleichbarkeit im SGB-II-Bereich. Im Jahr 2011 waren die Jobcenter Havelland und Potsdam-Mittelmark gemeinsame Einrichtungen der Bundesagentur und der zuständigen Kommune. Seit diesem Jahr haben jedoch

die Kommunen die alleinige Trägerschaft übernommen. D. h., statt auf 13 ARGEn wird

das Budget für 2012 auf 11 verteilt. Ohne die Ausgaben dieser beiden Jobcenter lagen die Ausgaben der ARGEn 2011 bei 113,2 Mio. Euro. 2012 stehen den Jobcentern in gemeinsamer Trägerschaft in Brandenburg somit 9,1 Mio. Euro weniger im Vergleich zu den Ausgaben 2011 zur Verfügung. □

(jac)

	SGB II – Ausgaben 2011*	SGB II – Eingliederungsbudget 2012**	SGB III – Ausgaben 2011	SGB III – Eingliederungsbudget 2012
Eingliederungsleistungen***	132.768.420	104.165.063	104.178.430	105.231.861
FbW	26.398.050	–	25.612.578	–
AGH MAE	20.106.832	–	–	–
AGH Entgelt	13.512.313	entfällt 2012	–	–
Gründungszuschuss	–	–	47.535.903	27.351.535
befr. Beschäftigungszuschuss	2.701.813	entfällt 2012	–	–
unbefr. Beschäftigungszuschuss	1.290.015	entfällt 2012	–	–

Ausgaben und Eingliederungsbudgets in Euro

* mit Jobcenter Havelland und Potsdam-Mittelmark (2011: ARGEn)

** ohne kommunale Jobcenter Havelland und Potsdam-Mittelmark (2012 kommunal)

*** SGB-III-Leistungen einschl. Sonderprogramme (IFlaS, WeGebAU, PSJ, BerEB)

Grundsätzlich richtig, aber ...

Arbeitsförderung des kommunalen Jobcenters nach der Instrumentenreform

Der Landkreis Uckermark hat eine hohe Arbeitslosigkeit und einen hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen. BRANDaktuell sprach mit dem Leiter des kommunalen Jobcenters, wie sich die Reform der Arbeitsförderinstrumente auf die Arbeit des Jobcenters auswirken wird.

Michael Steffen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen auf zwei Tendenzen reagieren. Viele Menschen seien zunehmend weiter weg vom Arbeitsmarkt, so Steffen. Und häufig passen die Qualifikation der Jobcenter-Kunden und die Bedarfe der Unternehmen nicht zusammen.

Es fehlt ein Instrument für marktferne Kunden

Die neue Ausrichtung der Arbeitsförderung auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt findet Steffen grundsätzlich richtig, ihm fehlt aber ein Instrument, mit dem er marktferne Kunden schrittweise auf reguläre Arbeit vorbereiten

„Die Instrumentenreform hat keine wesentlichen Änderungen mehr gebracht. Zuerst wurde das Budget reduziert, dann die gesetzlichen Bedingungen angepasst.“

kann. „Wir brauchen die Möglichkeit, Förderansätze zu kreieren und auszuprobieren. Und wir müssen sozialpädagogische Ansätze in Maßnahmen für diese Kunden hineinbringen.“

Arbeitsgelegenheiten stehen für diesen Kundenkreis nur noch eingeschränkt zur Verfügung. Im Jahr 2010 waren noch rund 2.400 Menschen in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt, zwischen 55 und 60 Prozent des Eingliederungstitels hat das Jobcenter dafür aufgewendet. In diesem Jahr wird es nur noch 850 Teilnehmerplätze geben, knapp 25 Prozent des Eingliederungstitels wird der Landkreis dafür ausgeben. „Wir gehen weg von beschäftigungsschaffenden Maßnahmen“, sagt Steffen.

Ausgaben für Aktivierung und Eingliederung bleiben stabil

Dafür hält das Jobcenter die Ausgaben für Aktivierung und berufliche Eingliederung stabil. Die Mittelansätze für berufliche Weiterbildung und beschäftigungsbegleitende Leistungen bleiben 2012 auf dem Stand von 2010, und

das bei einem stark reduzierten Budget (siehe Kasten). „Damit werten wir diese Instrumente prozentual deutlich auf“, sagt Steffen. Das sei notwendig, weil es vielen Kunden an einer



Michael Steffen – „Wir dürfen beim großen Umsteuern der Förderpolitik hin zur Integration in Arbeit nicht vergessen, dass ein Großteil der Kunden sehr weit weg ist vom ersten Arbeitsmarkt“

verwertbaren Qualifikation und an Motivation fehle. „Diese Kunden benötigen zur schrittweisen Heranführung an den Arbeitsmarkt auf die Bedarfslagen des Kunden ausgerichtete Aktivierungsmaßnahmen mit Qualifizierungsanteilen.“ Derzeit analysieren Mitarbeiter des Jobcenters, welche Zielgruppen verstärkt qualifiziert und aktiviert werden sollen. „Wir brauchen Maßnahmen für diejenigen, die zwischen 30 und 40 Jahre alt sind. Bisher haben wir vor allem unter 25-jährige und über 50-jährige Kunden gefördert.“ Auch Eltern seien eine Zielgruppe. „Damit die Kinder erleben, dass ihre Eltern arbeiten gehen“, sagt Michael Steffen.

Träger schließen sich zusammen – oder geben auf

Die neue Richtung in der Arbeitsförderung hat im Landkreis Uckermark schon mit den

Mittelkürzungen für das Jahr 2011 begonnen. Seitdem beobachtet Steffen, dass Träger von Beschäftigungsmaßnahmen im Landkreis sich zusammenschließen oder aufgeben. Die Teilnehmerplätze bei den Arbeitsgelegenheiten reichen nicht aus, alle Strukturen aufrechtzuerhalten. „Die Marktberingung wird sich in diesem Jahr noch fortsetzen“, glaubt Steffen. Seine Sorge ist, dass womöglich nur ein Träger übrig bleibt. Dann hätte er keine Wahlmöglichkeit mehr.

Vorbei sind auch die Zeiten, in denen Michael Steffen Vereinsstrukturen mit Arbeitsförderung unterstützen konnte. Das ist nach dem Wegfall der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante nicht mehr möglich. □

(jac)

Arbeitslose und Eingliederungsbudget im Landkreis Uckermark

Arbeitslose

Im Jahr 2011 hatte der Landkreis Uckermark eine Arbeitslosenquote von fast 17 Prozent.

Der Anteil an Langzeitarbeitslosen lag bei fast 40 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt waren 11.417 Personen arbeitslos.

Rückblick

2005 waren jahresdurchschnittlich noch 17.791 Menschen arbeitslos.

2010 waren im Jahresdurchschnitt 11.199 Menschen arbeitslos.

Eingliederungsbudget

2010 hat das Jobcenter Uckermark 27,6 Mio. Euro für Eingliederungsleistungen ausgegeben.

2011 standen dem Jobcenter 19,5 Mio. Euro an Eingliederungsmitteln zur Verfügung, davon hat das Jobcenter 18,7 Mio. Euro ausgeschöpft.

2012 stehen 15,5 Mio. Euro für Eingliederungsleistungen zur Verfügung.

Adjustieren

Wie sich die Instrumentenreform auf die Arbeitsförderung des Landes auswirkt

„Arbeit für Brandenburg“ wurde häufig mit Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante kombiniert. Das Regionalbudget ergänzte Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung um Qualifizierungsanteile. Die meisten Gründer der Lotsendienste erhielten den Gründungszuschuss. Jetzt sind neue Kombinationen und Maßnahmen gefragt. Das Land und die Träger stellen sich darauf ein.



Produkte des Regionalbudgetprojekts
„Wanderwegemanagement“
im Landkreis Potsdam-Mittelmark

Regionalbudget – veränderte Bedingungen

Das Regionalbudget startete im März in seine V. Förderphase. Das Brandenburger Arbeitsministerium stellt dafür pro Jahr 25 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Die Landkreise und kreisfreien Städte hatten in der Planung der V. Förderphase Änderungen zu berücksichtigen.

Viele der Regionalbudgetprojekte bauen auf Instrumente des SGB II/III auf. Besonders deutlich wirkt sich die Reform durch die Reduzierung der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung aus oder durch den Wegfall der Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante. Einige Träger offerieren dennoch Beschäftigungsangebote, allerdings ohne Vergütung für die Teilnehmenden. Diese Angebote müssen besonders attraktiv sein, denn die Teilnahme ist freiwillig. Neben diesem neuen Ansatz ist auch festzustellen, dass sich der Anteil der Betreuungs- und Qualifizierungsprojekte erhöht hat.

Der neue Aktivierungsgutschein spielt bisher noch keine Rolle. Aber viele Träger bereiten sich schon darauf vor, ihre Maßnahmen zertifizieren zu lassen. □

Heike Hofmann, LASA Brandenburg GmbH

Neue Vorgaben des Landes

Zwei wesentliche Änderungen beim Regionalbudget resultierten aus Vorgaben des Landes. So hat das Arbeitsministerium festgelegt, dass in jeder Region maximal 6 bis 16 Projekte gefördert werden dürfen. Regionen, die bisher viele Kleinstprojekte gefördert haben, mussten den Förderansatz neu strukturieren und Projekte zusammenfassen oder neu ausrichten.

Auch in der V. Förderphase wählen die Regionen die Projekte selbst aus. Aber die Administration der Projektförderung, z. B. der Erlass von Zuwendungsbescheiden, liegt nun vollständig bei der LASA Brandenburg GmbH.

Selbstständig statt arbeitslos – Reform erschwert den Übergang

Sie sind nach der Reform schlechter gestellt: Gründungsinteressierte, die Arbeitslosengeld I beziehen und die mit dem geänderten Gründungszuschuss schlechtere Konditionen haben. Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind davon nicht betroffen. Für Selbstständige, die zusätzlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, bietet die Reform sogar neue Möglichkeiten.

Seit Ende Dezember 2011 steht für den Gründungszuschuss weniger Geld zur Verfügung und er ist nur noch eine Ermessensleistung. Die Mitarbeiter in den Arbeitsagenturen entscheiden, ob Gründungsinteressierte den Zuschuss erhalten. „Das hat die eingespielte Zusammenarbeit zwischen den Lotsendiensten und den Agenturen verändert“, sagt Marlies Heydebreck, LASA. „Die Agenturen setzen darauf, in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, sie verweisen Gründungswillige kaum noch an

die Lotsendienste.“ Bleibe es so, werden die Lotsendienste verstärkt Teilnehmer akquirieren, bisher gab es mehr Nachfragen als Plätze.

Jobcenter – Restriktiver beim Einstiegsgeld

Für Selbstständige, die zusätzlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, bietet die Reform neue Möglichkeiten. Die Jobcenter können Beratung und Qualifizierung för-

dern. Das Einstiegsgeld geben die Jobcenter inzwischen restriktiver aus. „Sie prüfen stärker, ob Gründungsidee und Gründer geeignet sind. Dabei nutzen sie verstärkt die Assessment-Center der Lotsendienste.“ □ (jac)

Infos



Die regionalen Lotsendienste werden aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.

2010 und 2011 haben die Lotsendienste insgesamt 1.889 Gründungen begleitet. Bei 1.358 Vorhaben haben die Gründer den Gründungszuschuss bekommen, 423 Gründer bekamen Einstiegsgeld.

Arbeit für Brandenburg

Das Landesprogramm ‚Arbeit für Brandenburg‘ (AfB) knüpft an andere Förderprogramme an, um qualitative Standards bei der öffentlich geförderten Beschäftigung zu sichern. Bisher wurde AfB vor allem mit ‚Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante‘ sowie seit 2011 mit dem Modellprojekt ‚Bürgerarbeit‘ des Bundes kombiniert.

Beide Instrumente stehen ab April beziehungsweise ab Mai nicht mehr für Neubewilligungen von AfB-Stellen zur Verfügung. Danach kann das Land ‚Arbeit für Brandenburg‘ nur noch mit der Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) nach § 16e SGB II kombinieren.

Ungünstigere Förderkonditionen

„Die Förderkonditionen der Arbeitsverhältnisse nach § 16e sind im Vergleich zur Entgeltvariante ungünstiger, beispielsweise können durch die Jobcenter nur individuelle Zuschüsse bis maximal 75 Prozent der Lohnkosten geleistet werden“, sagt Sabine Heinrich vom Brandenburger Arbeitsministerium. „Das erschwert gerade die Nutzung im gemeinwohlorientierten Bereich.“ Und für AfB gilt die Vorgabe, dass die zu verrichtenden Arbeiten zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein müssen.

Hauptschwernis allerdings für die Umsetzung von AfB seien jedoch die seit 2011 andauernden massiven Kürzungen der Bundesregierung bei den Mitteln zur Eingliederung im SGB II, so Heinrich. □

(jac)

Infos

Arbeit für Brandenburg finden Sie im Internet unter www.lasa-brandenburg.de/Arbeit-fuer-Brandenburg.1282.0.html

7,50 Euro pro Stunde – mindestens

Das Land hat ‚Arbeit für Brandenburg‘ als Kofinanzierung für andere Programme konzipiert, um qualitative Standards bei öffentlich geförderter Beschäftigung zu sichern. Dazu gehören vor allem ein Lohn in Höhe von mindestens 7,50 Euro pro Stunde und in der Regel zweijährige Beschäftigungsmöglichkeiten.



Sie gehörten 2004 zu den ersten Ein-Euro-Jobbern – in den Werkstätten der BAS in der Stadt Brandenburg reparierten sie Fahrräder und fertigten Informationstafeln für öffentliche Wanderwege

Neues wagen

Wie der Landesverband der ABS auf die Reform reagiert

Roman Zinter koordiniert die Arbeit des Brandenburger Landesverbandes der Arbeits-, Bildungs- und Strukturfördergesellschaften. In seinem Positionspapier beschreibt er die Auswirkungen der Reform auf die Mitgliedsbetriebe und wie diese darauf reagieren können.

Während in den Jahren 2009 und 2010 die Haushaltsmittel des Bundes für Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach dem SGB II sogar konjunkturbedingt verstärkt wurden, fand ab dem Jahr 2011 eine Kehrtwende in der Bundesfinanzierung statt. Mit dem Sparpaket der Bundesregierung wurde der Etat von 2010 auf 2011 um 1,54 Mrd. Euro und von 2011 auf 2012 um weitere 0,88 Mrd. Euro reduziert. Verglichen mit 2010 stehen in diesem Jahr 39 Prozent weniger Mittel für die Eingliederung nach SGB II zur Verfügung.

Das hatte und hat ein massives Wegbrechen aller Instrumente in der Arbeitsförderung zur Folge. Im Land Brandenburg wurde der Einsatz aller Förderinstrumente nach dem SGB II, ohne Einmalleistungen und Berufsausbildungsbeihilfen, von ca. 41.600 Förderfälle im Dezember 2010 auf rd. 25.800 Förderfälle im Dezember 2011 verringert. Allein der Anteil öffentlich geförderter Beschäftigung ging binnen Jahresfrist um 8.900 Plätze zurück. Bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung entfiel sogar jeder 2. Platz.

Trotz konjunkturellen Aufschwungs ist im Ergebnis dieser Förderpolitik der Anteil langzeitarbeitsloser Menschen in Brandenburg gewachsen, wir konstatieren 29.000 Langzeitarbeitslose unter den landesweit knapp 100.000 Arbeitslosen im SGB II zum Jahresende 2011.

Der drastische Einbruch der öffentlich geförderten Beschäftigung schlug sich auch in der Tätigkeit der Arbeits-, Bildungs- und Strukturfördergesellschaften (ABS) nieder. Zum Jahresende 2011 hatten Kürzungen in vergleichbarer Größe bei unseren Mitgliedsunternehmen stattgefunden. Die Folge war und ist ein drastischer Abbau von Stammpersonal. Gleichwohl versuchen unsere Mitglieder, qualifiziertes Fachpersonal zu halten.

Sozialer Arbeitsmarkt in Gefahr

Die quantitative Bedeutung von öffentlich geförderter Beschäftigung ist geschrumpft. Darüber hinaus sehen wir die Grundgedanken eines ‚Sozialen Arbeitsmarkts‘ in grundlegender Gefahr! Das machen wir an folgenden Aspekten der Reform aus:

1. Die Nachrangigkeit des Einsatzes von öffentlich geförderter Beschäftigung wurde ausdrücklich verschärft.
2. Die Instrumente wurden zusammengefasst in Arbeitsgelegenheiten, die nur noch in der Mehraufwandsvariante möglich sind und in die Förderung von Arbeitsverhältnissen als einzig verbliebenes sozialversicherungs-pflichtiges Instrument für schwer vermittelbare Arbeitslose.
3. Die Inhalte der Arbeitsgelegenheiten wurden auf den Arbeits- und Anleitungsansatz verknüpft, Qualifizierungen im Rahmen >>

◀◀ der Arbeitsgelegenheiten sind nicht mehr möglich.

4. Der Förderansatz für sozialversicherungspflichtige Arbeit wurde auf einen Lohnkostenzuschuss als Minderleistungsausgleich reduziert.

Außerdem ist die unmittelbare Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zum alles bestimmenden Handlungsansatz aufgestiegen. Es ist aber eine Mär zu glauben, dass es bei allen Arbeitslosen möglich ist, sie unmittelbar in Arbeit zu vermitteln.

Traditionelle Beschäftigungsalternativen erhalten

An erster Stelle geht es für Träger deshalb darum, traditionelle Beschäftigungsalternativen in einem angemessenen Umfang zu erhalten, und das nicht aus Selbstzweck, sondern mit Blick auf die Zielgruppe schwer vermittelbarer arbeitsloser Personen.

Als Konsequenz aus der Instrumentenreform müssen Angebote, beispielsweise soziale und vermittlungsorientierte Beratung und Unterstützung, welche bisher die öffentlich geförderte Beschäftigung begleiteten, durch die Träger neu aufgestellt werden. Es müssen

Das neue Zulassungsverfahren für Träger und Maßnahmen

Ab dem 1. Januar 2013 bedürfen Träger einer Trägerzulassung, um Maßnahmen der Arbeitsförderung nach dem Dritten Kapitel des SGB III durchzuführen. Bei Gutscheinmaßnahmen, etwa Maßnahmen der beruflichen Bildung, die über den Bildungsgutschein in Anspruch genommen werden, gilt keine Übergangsfrist: Träger, die eine Gutscheinmaßnahme anbieten wollen, benötigen schon ab Maßnahmebeginn eine Träger- und eine Maßnahmezulassung.

Das Bundesarbeitsministerium hat für BRANDaktuell dargelegt, wann eine Zulassung erforderlich ist und welcher Art die Anforderungen sind, die an Träger und Maßnahmen gestellt werden.

Infos

Den Beitrag finden Sie auf den BRANDaktuell-Internetseiten unter www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell/index.php?id=1410

dabei ausschreibungsfähige oder zertifizierte Angebote zur Aktivierung und zur beruflichen Eingliederung entwickelt werden, welche die Jobcenter in Verbindung mit den neuen Arbeitsgelegenheiten fördern können.

Inhaltlich arbeiten wir mit unseren Mitgliedsunternehmen beispielsweise daran, Methoden zu operationalisieren, die die Beschäftigungsfähigkeit von Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch gezielter entwickeln. Mit ‚KomPass‘ haben wir dazu ein Konzept erstellt, das jobzielorientierte Kompetenzfeststellung und -dokumentation im Rahmen öffentlich finanzierter Arbeit ermöglicht.

Aktivitäten außerhalb des direkten Förderbezugs

Die ABS sollten nach unserer Auffassung ihre Aktivitäten im SGB-II-Bereich in Zukunft durch Initiativen außerhalb des direkten Förderbezuges verstärken. Der Brandenburger Landesverband der Arbeits-, Bildungs- und Strukturfördergesellschaften (BLV ABS) möchte als Dienstleister für seine Mitgliedsunternehmen die Organisationsentwicklung in den ABS mitgestalten und fördern.

Der BLV ABS wird seine Mitglieder strategisch dabei unterstützen, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auszubauen. Unsere Überlegungen gehen in zwei Richtungen. Wir wollen das soziale Unternehmertum fördern und den Gesellschaften helfen, ihre sozialbetrieblichen

Strukturen zu stärken. In Zukunft sollten die Gesellschaften ihre Integrationsangebote für arbeitsmarktfremde Arbeitslose erweitern, indem sie diese in eigenen sozialwirtschaftlichen Betriebsteilen wirtschaftsnah beschäftigen. Hierfür wird auch eine wichtige Rolle spielen, wie die Jobcenter die neue ‚Förderung von Arbeitsverhältnissen‘ nach § 16e SGB II, die ja sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fördert, künftig anwenden. Abzuwarten ist, wie das Land unseren Vorschlag bewertet, das Landesprogramm ‚Arbeit für Brandenburg‘ in diese Entwicklung stärker einzubinden.

Darüber hinaus wollen wir, dass unsere Mitgliedsgesellschaften ihre kommunalen und betrieblichen Kooperationsnetzwerke noch stärker nutzen. Beabsichtigt ist, dass sie ihre Produkte und Dienstleistungen aus der Arbeitsförderung, wie z. B. ‚Vitalitätsmanagement für Arbeitslose‘ auf Betriebe und Kommunen übertragen und beispielsweise Arbeitsaufnahmen damit unterstützen. Das kann nach unserer Auffassung dann auch wieder Fördermöglichkeiten nach § 16f SGB II, also die Freie Förderung, berühren. □

Roman Zinter,

Brandenburger Landesverband der Arbeits-, Bildungs- und Strukturfördergesellschaften

Infos

Brandenburger Landesverband der Arbeits-, Bildungs- und Strukturfördergesellschaften e. V.,
Roman Zinter, Tel.: (0 33 02) 49 98 04 02,
E-Mail: blv-ev@t-online.de



Träger sollten zukünftig verstärkt Angebote zur Aktivierung von Langzeitarbeitslosen entwickeln, empfiehlt der BLV ABS – in Projekten, die über das Regionalbudget gefördert werden, wie hier in der Stadt Frankfurt (O), werden vorgeschaltete Aktivierungsphasen schon erprobt

„Ich bin sehr zahlenorientiert“

Der neue Chef der Arbeitsagenturen in Berlin und Brandenburg

Dieter Wagon ist seit Ende Januar 2012 Leiter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit. Davor leitete er in der Nürnberger Zentrale die Abteilung Controlling und Finanzen. 2010 bekam er den Controllerpriis verliehen, für ein System, mit dem der Einsatz der Arbeitsförderinstrumente gesteuert werden kann. Dieter Wagon fordert eine höhere Wirksamkeit der Maßnahmen, diese müssten häufiger den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit verhelfen.

Herr Wagon, wie muss die Förderpolitik der Agenturen für Arbeit ausgerichtet werden?

Unser erster Ansatz ist die Berufsorientierung. Es geht darum, dass die Jugendlichen einen Ausbildungsabschluss erlangen, der in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit mündet. Es gibt Berufsfelder, in denen deutlich über den Bedarf ausgebildet wird, beispielsweise Frisör. Oder Kfz-Mechatroniker, hier haben auch wir in Berlin Maßnahmen gefördert, die hatten eine Übertrittsquote in Arbeit von 40 Prozent, das ist nicht zufriedenstellend. Wir werden uns mit den Kammern und dem Land abstimmen, wo die Bedarfe für Fachkräfte liegen. Und unsere Berufsberater werden die Jugendlichen transparent beraten, schon in den Schulen. Dabei geht es uns besonders auch darum, schwächere Jugendliche zu integrieren.

Welche Förderpolitik verfolgen Sie im Hinblick auf Arbeitslose?

Ein Schwerpunkt liegt darauf, Arbeitslose zu qualifizieren, wenn die Qualifizierung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Integration in sozialversicherungspflichtige Arbeit führt. Das gilt für Arbeitsagenturen und für Jobcenter. Gerade für die Programme zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und gering qualifizierten Beschäftigten wird deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen.

Wie wird sich die Instrumentenreform auf die öffentlich geförderte Beschäftigung auswirken?

Der zweite und dritte Arbeitsmarkt (s. Infos, die Red.) wird deutlich zurückgehen. Wir wollen nicht durch Marktersatz hohe Bestände beschäftigen, sondern wirkungsorientiert Qualifizierungen in den ersten Arbeitsmarkt realisieren.

Können Sie so auch die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren?

Es gibt einen Teil sehr marktferner Kunden. Für sie erhalten wir den zweiten Arbeitsmarkt weiter aufrecht, dafür stehen 20 Prozent des

Eingliederungstitels der Jobcenter zur Verfügung. Das habe ich mit den Agenturleitungen abgestimmt. Aber die Instrumentenreform setzt eindeutig den Schwerpunkt darauf, eine Arbeitsaufnahme in Betrieben zu erreichen. Dafür haben wir das neue Instrument Förderung von Arbeitsverhältnissen gemäß § 16e SGB II. Das Instrument ist für Arbeitgeber gedacht. Ich hoffe, es wird gut in Anspruch genommen, denn ich halte es für ein sehr effektives Instrument.

Wo sehen Sie Schnittstellen mit der Landesförderung?

Um auch eine Integrationswirkung bei Maßnahmen des Marktersatzes zu erzielen, sind Qualifizierungsanteile sinnvoll. Bewährt hat es sich, dass das Land Brandenburg diese über den Europäischen Sozialfonds finanziert. Wir wünschen uns auch mehr Coaching, wenn Langzeitarbeitslose eine Beschäftigung aufnehmen. Das könnte meiner Ansicht nach ebenfalls über den ESF gefördert werden.

Wird es spürbare Einschnitte beim Gründungszuschuss geben?

Die Mittel dafür sind von der Politik deutlich zurückgefahren. Wir werden im Rahmen unseres Ermessens immer fragen, ob die Möglichkeit besteht, den Kunden in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Es ist nicht Aufgabe der Versicherungsgemeinschaft, die Aufnahme einer selbstständigen Beschäftigung zu fördern. Ab 2013 sind die Mittel für den Zuschuss Bestandteil der Eingliederungsleistungen, dann können die Agenturen selbst entscheiden.

Ziel der Instrumentenreform ist, dezentrale Entscheidungskompetenzen zu stärken. Müssen die Vermittlungsfachkräfte umdenken?

Es geht nicht darum umzudenken, sondern darum weiterzuentwickeln. Wir erwarten, dass die Vermittler die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kunden profilen und individuelle Lösungen finden. Unserer Berater sind angehalten, dabei mehr auf die Talente der



Dieter Wagon will die Arbeitsförderung stärker auf die Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausrichten

Kunden zu achten und diese gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Es reicht nicht, nur berufliche Qualifikationen abzugleichen. Aber auch die Kunden müssen stärker deutlich machen, welche Anstrengungen sie unternehmen, um in Arbeit zu kommen.

Sie haben ein System entwickelt, um den Einsatz der Förderinstrumente zu steuern. Fließen die Erfahrungen in Ihre Arbeit ein?

Ich bin sehr zahlenorientiert. Wenn wir eine höhere Wirksamkeit der Maßnahmen erzielen wollen, müssen diese individuell zugeschnitten werden. Das gilt auch für die Träger. Ich habe Gespräche mit Bildungsträgern geführt, damit sie ihre Angebote mehr am Markt ausrichten. Die Träger sollen sich stärker mit den Betrieben verzahnen.

Was haben Sie sich für die nächsten Jahre vorgenommen?

Mein Ziel ist, die Qualifikation von Arbeitslosen und die Fachkräftebedarfe der Betriebe stärker in Übereinstimmung zu bringen. Dabei geht es auch darum, Beschäftigte zu qualifizieren, damit diese auf andere Stellen aufsteigen und Arbeitslose nachrücken. □ (jac)

Infos

Der 3. Arbeitsmarkt bezeichnet auf Dauer angelegte öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen, die keine Chance auf reguläre Beschäftigung haben.

+++ Brandenburg-Förderticker +++

„Arbeit für Brandenburg“ Anträge über das LASA-Portal

Das Programm „Arbeit für Brandenburg“ des Landes Brandenburg wurde insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose konzipiert, um ihnen eine berufliche Perspektive zu eröffnen und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Anträge für 2012 bis 2014 können jetzt über das LASA-Portal gestellt werden. Es werden befristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vor allem im kommunalen Umfeld unterstützt. „Arbeit für Brandenburg“ knüpft an Arbeitsförderinstrumente sowohl des SGB II und des SGB III als auch an Förderprogramme des Bundes (z. B. Bürgerarbeit) an. Antragsberechtigt sind Landkreise und kreisfreie Städte sowie überregional tätige Verbände und Vereine. Regional tätige Projektträger wenden sich bei Interesse an die Kommunalverwaltung.

Infos

Internet: www.lasa-brandenburg.de/Arbeit-fuer-Brandenburg.1282.0.html

Neues Bürgschaftsprogramm Pilotprojekt für KMU

Seit dem 1. Januar 2012 hat die Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH, unterstützt durch das Ministerium der Finanzen, ein neues „Landesbürgschaftsprogramm für den Mittelstand“ gestartet. Dieses ergänzt die bereits bestehenden Bürgschaftsprogramme und ist speziell auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Land Brandenburg ausgerichtet. Mit dem zunächst einjährigen Pilotprojekt können Kredite von bis zu zwei Millionen Euro (bisher bis zu 1,25 Millionen) verbürgt werden. Dabei sichert die Bürgschaftsbank Kredite maximal mit einer Haftungsübernahme in Höhe von 75 Prozent ab. Das Land unterstützt die Bürgschaftsbank mit einer Rückbürgschaft in Höhe von 80 Prozent. Die verbleibenden 25 Prozent des Risikos trägt das Antrag stellende Kreditinstitut.

Infos

Internetseiten der Bürgschaftsbank Brandenburg unter <http://tinyurl.com/6v7oxm8>

Stärkung der Wirtschaft Gemeinschaftsaufgabe aktualisiert

Das Land Brandenburg fördert aus dem Programm „Gemeinschaftsaufgabe – Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft, wie auch des Tourismusgewerbes. Ziel ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern. Förderfähig sind Rationalisierung bzw. Modernisierung von Betriebsstätten in Brandenburg sowie die Übernahme einer stillgelegten oder davon bedrohten Betriebsstätte. Antragsberechtigt sind kleine Unternehmen. Es müssen neue Arbeitsplätze geschaffen oder bestehende gesichert werden. Ein neuer Ausbildungsplatz wird wie zwei Dauerarbeitsplätze gewertet. Anträge und Beratung übernimmt die Investitionsbank des Landes Brandenburg.

Infos

Details zum Programm finden Sie auf den Internetseiten der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) unter <http://www.ilb.de/rd/programme/149.php>

+++ Bundes-Förderticker +++

Experten in die Schulen Die Forschungsbörse vermittelt

Die Forschungsbörse, eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im „Wissenschaftsjahr 2012 – Zukunftsprojekt Erde“, vermittelt Wissenschaftler, die ihr Wissen gern auch in Schulen präsentieren. 70 Forscherinnen und Forscher

erklärten sich dafür bereit. Auch aus den letzten Wissenschaftsjahren (2010: Energie, 2011: Gesundheit) stehen die Forscher noch zur Verfügung. Das Angebot richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler aller Schultypen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich beteiligen wollen, können sich direkt im Internet bei der Forschungsbörse registrieren. Mit dem Wissenschaftsjahr 2012 fördert das

Bundesministerium für Bildung und Forschung die gesellschaftliche Debatte über die Ziele, Herausforderungen und Aktionsfelder einer nachhaltigen Entwicklung.

Infos

Internet: www.zukunftsprojekt-erde.de, www.forschungsboerse.de; Pressemitteilung auf den Internetseiten des Bundesministeriums unter www.bmbf.de/press/3238.php

+++ EU-Förderticker +++

Für Vielfalt in Europa Drittstaatenangehörige

Der Europäische Fonds für die Integration – EIF – fördert die Teilnahme von Drittstaatenangehörigen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Jährlich erhalten etwa 2,2 Mio. Drittstaatenangehörige eine Aufenthaltsgenehmigung, um in der EU zu arbeiten und/oder zu studieren. Um ihr Potenzial optimal zu nutzen, muss der Integrationspro-

zess dynamisch zwischen Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft angepasst werden. Der EIF soll dafür Anreize schaffen. Er ist Teil des Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ (SOLID), mit dem noch bis 2013 gemeinsame Maßnahmen in der EU gefördert werden. Förderschwerpunkte für 2012 sind u. a.:

- ▶ Integration durch Bildung;
- ▶ Integration durch Teilhabe;
- ▶ Interkultureller Dialog;

- ▶ Interkulturelle Öffnung;
- ▶ Monitoring, Evaluierung, Indikatoren;
- ▶ Kommunikation und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Förderung erfolgt in Jahresprojekten. Für 2012 wurde ab März ausgeschrieben, die Frist beträgt acht Wochen.

Infos

Der EIF wird durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwaltet.
Internet: <http://tinyurl.com/6q6crrq>

Das ist mein Zuhause!

Projekt LANDaktiv setzt auf praktische Erfahrung bei Jugendlichen zur Fachkräftegewinnung

Der Wert eigener Erfahrungen überzeugt besser als alle Theorie – diesen pädagogischen Grundsatz nutzt das mehrjährige ESF-Projekt LANDaktiv zur Berufsorientierung. BRANDaktuell sprach mit Sabine Rudert, Landeskoordinatorin, über die bisherigen Ergebnisse.

Seit wann und mit welchem Ziel wurde das Projekt LANDaktiv gestartet?

LANDaktiv wurde im Jahr 2005 ins Leben gerufen. Hintergrund war der sich abzeichnende Nachwuchsmangel in der Landwirtschaft. Während in anderen Branchen Jugendliche nach Ausbildungsplätzen anstanden, gab es schon damals wenig Interessenten für Grüne Berufe. Ausbildungsstellen blieben sogar unbesetzt. Ein weiteres Motiv war der beginnende demografische Wandel. Die geringe Anzahl an jungen Menschen, die eine Ausbildung begannen, verschärfte den Fachkräftemangel noch. Es wurde also dringend notwendig, Heranwachsende intensiver über die Berufsmöglichkeiten in der Landwirtschaft zu informieren. Wichtig war, dass bereits in der Grundschule begonnen wird, denn dann kann auf eine Basis fundierter Informationen bei der Berufsorientierung zurückgegriffen werden. Hinzu kommt, und das zeigen die Erfahrungen, dass sich junge Erwachsene nur dann für ein Leben auf dem Land entscheiden, wenn sie sich damit auch verbunden fühlen. Wer entdeckt, dass er in einer Region mit Kultur, Geschichte und Zukunft zu Hause ist, kann darin auch seine persönliche Lebensperspektive finden.



Dr. Großkopf erklärt Schülern die Wirkungsweise eines Heuwenders

Wie haben Sie das im Projekt organisiert, damit die Ziele erreicht werden können?

Von großem Vorteil für diese Arbeit ist die Struktur des Projektes. So arbeiten sechs Regionalbeauftragte im ganzen Land. Sie haben ihren Sitz bei regionalen Bauernverbänden, von wo aus sie zwei bis drei Landkreise betreuen,

sozusagen als Verbindungsglied zwischen Kinder- und Jugendeinrichtungen einerseits und landwirtschaftlichen sowie weiteren Unternehmen und Einrichtungen in Brandenburg andererseits. Inzwischen arbeiten die Projektmitarbeiterinnen mit weit über eintausend Partnern zusammen!

Welche Förderungen nutzen Sie zur Finanzierung des Projekts?

LANDaktiv wird über das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes zu 100 Prozent gefördert. 75 Prozent kommen seit Juni 2009 aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), 25 Prozent aus Haushaltsmitteln des Landes. Viele Aktionen sind auch deshalb so erfolgreich, weil wir durch Betriebe und andere Einrichtungen unterstützt werden. Ich denke dabei besonders an unsere Wettbewerbe.

Bis wann läuft Ihr Projekt und was wurde bis jetzt erreicht?

Die gegenwärtige Förderung läuft bis zum 31. Dezember 2013. Viele Lehrer haben durch uns die Landwirtschaft als außerschulischen Lernort entdeckt. Schülerinnen und Schüler

können unmittelbar Berufsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven für sich auf dem Land erkennen. Dabei sind Grüne Berufe gar nicht so untypisch für junge Mädchen! Hier einige Zahlen, die für sich sprechen. An unserem landesweiten Wettbewerb „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ beteiligen sich jährlich etwa 3.000 Schüler. Angesichts sinkender Schü-



Sabine Rudert, Landeskoordinatorin LANDaktiv

lerzahlen sind wir stolz darauf, dass so viele mitmachen. In jedem Jahr werden etwa 100 Exkursionen von Kindern und Jugendlichen in landwirtschaftliche und andere Unternehmen organisiert und durchgeführt. Außerdem ist das Projekt auf mehr als 100 Bildungsveranstaltungen, Messen und Festen mit Informations- und Aktionsständen vertreten. Etwa 100 Jugendliche werden jährlich in Praktikums- und Ausbildungsplätze vermittelt.

Können Sie jetzt schon sagen, wie nachhaltig das Projekt wirken wird?

Bildung und Wissensgewinn sind kaum messbar. Eine Nachhaltigkeit sehen wir aber zum Beispiel darin, dass in vielen Schulen die Landwirtschaft als außerschulischer Lernort erkannt wurde. Gerade im Hinblick auf die Berufsorientierung ist ein solcher Praxisbezug von grundlegender Bedeutung. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Kinder ‚nachwachsen‘, das heißt der Handlungsbedarf bleibt. Auch die Landwirte haben dies erkannt und setzen verstärkt darauf, Kindern und Jugendlichen solche Erfahrungen zu ermöglichen. Wenn dann Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen entstehen, ist unsere Unterstützung besonders erfolgreich gewesen.

Auch der von uns ins Leben gerufene Arbeitskreis ‚Lernort Landwirtschaft‘ bietet eine Plattform zum Austausch. Nachhaltigkeit sehen wir auch darin, dass dieses Projekt deutschlandweit große Beachtung findet und andere Bundesländer sehr großes Interesse daran haben, unsere Erfahrungen zu nutzen. □ (kr)

Infos

Internet: www.land-aktiv.de



Das Projekt wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.

Jobmotor BER: Welche Berufsfelder profitieren?

IAB-Analyse untersucht die zu erwartenden Beschäftigungseffekte

Am 3. Juni 2012 wird der Flughafen Berlin-Brandenburg BER eröffnet. In der öffentlichen Diskussion waren zuletzt die Flugrouten dominant. Für die Bewohner der Region ist aber die Frage nach den beschäftigungspolitischen Effekten mindestens genauso wichtig. Die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführte Regionalanalyse versucht, auf diese Frage eine Antwort zu geben.



Die Baubranche und ihre Mitarbeiter waren die Ersten, die die positiven Beschäftigungseffekte des Flughafens Berlin-Brandenburg BER festgestellt haben

Bei der Frage nach den Beschäftigungswirkungen von Flughäfen, die in umfangreichen Studien für die Flughäfen Frankfurt, München und zuletzt Berlin-Brandenburg behandelt wurde, wird wie folgt unterschieden:

- ▶ Erstens gibt es die direkten, indirekten sowie induzierten Nachfrageeffekte (damit sind die Multiplikatorwirkungen der Konsumausgaben gemeint) und
- ▶ zweitens die sogenannten katalytischen – also die langfristigen – Effekte auf der Angebotsseite.

Die direkten Beschäftigungseffekte ergeben sich zunächst aus den Aktivitäten auf dem Flughafen. Sie reichen von den Mitarbeitern der Fluggesellschaften bis zu den Beschäftigten in den zahlreichen Dienstleistungsunternehmen auf dem Airportgelände. Die indirekten Beschäftigungseffekte resultieren aus der Nachfrage der Flughafenbetriebe nach Vorleistungen, wie EDV-Dienstleistungen. Schließlich werden die Multiplikatorwirkungen der Konsumausgaben, die die beiden Beschäftigtengruppen als weitere Zweitrundeneffekte im volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang auslösen, als sogenannte induzierte Beschäftigungseffekte des Großflughafens der Gesamtbilanz hinzugerechnet.

Ein Großflughafen mit hinreichend differenzierter internationaler Anbindung ist ein entscheidender Bestandteil der Infrastrukturausstattung und damit auch der Angebotsbedingungen von Wirtschaftsregionen. Aus ökonomischer Sicht ist die langfristige (katalytische) Wirkung eines Flughafens vorrangig auf Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der regionalen Unternehmen von Bedeutung. Diese wirkt sich selbstverständlich auch auf die Beschäftigung aus. Diese im Zweifel sehr bedeutsamen Wirkungen – in der Studie für den BER umfassen sie 80 Prozent der Beschäftigungswirkung – sind allerdings nicht direkt messbar.

Direkt betroffene Berufe

Die Beschäftigung der direkt vom Flughafen betroffenen Berufe war in den vergangenen Jahren vor allem bei den Dienstleistungstätigkeiten stark gewachsen, die eine geringe oder mittlere Qualifikation erfordern. Neben

Sicherheitsberufen profitierten vor allem Luftverkehrs- und Fremdenverkehrsberufe.

In Berlin konnten die direkten Effekte des Flughafens statistisch nur teilweise abgebildet werden. Starke Zuwächse bei Flugzeugmechanikern und Luftverkehrsberufen weisen auf Einflüsse hin. Nach diesen Befunden wird die Zahl der Dienstleistungsarbeitsplätze, die eine einfache bzw. mittlere formale Qualifikation voraussetzen, durch den neuen Airport in den kommenden Jahren zunehmen. Nicht absehbar ist allerdings, wie viele dieser zusätzlichen Arbeitsplätze in Schönefeld tatsächlich neu geschaffene Arbeitsplätze darstellen. So dürfte die Zusammenlegung der zwei verbliebenen Flughäfen zu Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen führen, die zunächst dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung wirken können.

Indirekt betroffene Berufsfelder

Die Berufsfelder, die indirekt vom Luftverkehr begünstigt werden, sind in Berlin vor allem die Dienstleistungsberufe wie Luftverkehrsberufe und Fremdenverkehrsfachleute. In Brandenburg entwickelten sich zusätzlich technische Berufsfelder wie Flugzeugmechaniker bzw. Maschinen- und Fahrzeugbauingenieure sehr positiv. Insbesondere die berlinnahen Kreise wie Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald haben hiervon profitiert, was sich voraussichtlich zukünftig fortsetzen wird. Mit einem weiteren Wachstum dürfte trotz Verlagerung der unmittelbaren Flughafenaktivitäten nach Brandenburg auch in Berlin zu rechnen sein. Je nachdem, wie flexibel Unternehmen und Beschäftigte aus der Luftfahrttechnik oder Logistik auf die Schließung des Flughafens Tegel reagieren.

Die südlich an die Bundeshauptstadt angrenzenden Brandenburger Kreise werden voraussichtlich am stärksten vom neuen Großflughafen profitieren. Verantwortlich hierfür sind zum einen die unmittelbare Nähe zum Airport und zum anderen das bereits vorhandene Know-how in Produktion und Forschung beispielsweise bei Rolls-Royce, der MTU Maintenance Berlin-Brandenburg oder der Technischen Hochschule Wildau. Außerdem unterstützt das große ausgewiesene (Gewerbe-) Flächenangebot für weitere Ansiedlungen von Luftfahrtindustrie diese Entwicklung. Dienstleistungstätigkeiten sowie Berufe im Produzierenden Gewerbe (insbesondere Ingenieure und Mechaniker) dürften eben-



Dienstleistungsunternehmen auf dem Airportgelände profitieren direkt und indirekt

falls erhöhte Wachstumschancen haben. Die bisherigen Beschäftigungszuwächse kamen vor allem männlichen Arbeitskräften zugute. Mittel- und langfristig ist jedoch davon auszugehen, dass die steigende Nachfrage nach hoch und höchst qualifizierten technischen Fachkräften nur dann gedeckt werden kann, wenn es gelingt, diese Berufe auch für Frauen attraktiver zu machen.

Katalytische Impulse auf die Unternehmen

Unter den Berufsfeldern, die vom ‚Gesamteffekt‘ des Flughafens profitieren, stechen vor allem die unternehmensnahen Dienstleistungstätigkeiten hervor. Neben Berlin haben insbesondere die flughafennahen Regionen Brandenburgs in den untersuchten Berufen Beschäftigungszuwächse erzielt. In der Bundeshauptstadt und jenen Brandenburger Kreisen mit Wachstum in ‚Gesamteffekt-Berufen‘ konnte z. B. bei Rechtsvertretern, Werbefachleuten, Unternehmensberatern, Datenverarbeitungs- und Versicherungsfachleuten, gegen einen meist negativen Gesamttrend, Beschäftigung aufgebaut werden.

Der Vergleich mit anderen Flughafenregionen verdeutlicht ein weiteres Wachstumspotenzial bei diesen wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungstätigkeiten. Darüber hinaus dürften auch Wachstumspotenziale bei Medien- und künstlerischen Berufen, vor allem bei Berufen der Filmwirtschaft, gegeben sein. Dieser Aufwärtstrend wird mit der schnelleren internationalen Erreichbarkeit der Region und besseren Pflege von Netzwerken verstärkt.

Auch für die tourismusnahen Berufsfelder wie Gastwirte/Hoteliers und Kellner/Stewards lässt sich eine positive Entwicklung feststellen, die sich weiter fortsetzen dürfte.

Vergleich mit anderen Flughafenregionen

Abschließend wurde die Entwicklung der Beschäftigung in den ‚Gesamteffekt-Berufen‘ in der Arbeitsmarktregion (AMR) Berlin-Brandenburg mit jener in den AMR Frankfurt/Main, München und Köln/Bonn verglichen. Das Wachstum in der AMR Berlin-Brandenburg war in diesem Beschäftigungssegment zwischen 1995 und 2007 entgegen dem Gesamttrend positiv, aber deutlich geringer als in den Vergleichsregionen. Auch der Beschäftigtenanteil in diesen Berufen war in der AMR Berlin-Brandenburg niedriger. Da sich regionale Beschäftigungsstrukturen frühestens auf mittlere Sicht durchgreifend verändern, ist erst in der längeren Frist mit einem Aufbau der zahlenmäßig bedeutsamen katalytischen Beschäftigungseffekte zu rechnen. □

Dr. Dieter Bogai, Mirko Wesling

Infos

Bibliografische Angaben: Bogai, Dieter; Wesling, Mirko: Großflughafen Berlin Brandenburg: Analyse airportaffiner Beschäftigungspotenziale in Berlin und Brandenburg. Reihe: IAB-Regional, Nürnberg 2010. Download unter <http://tinyurl.com/8a9w8z7> (Die Studie wurde von der LASA Brandenburg GmbH in enger Abstimmung mit dem Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben.)

Reihe ‚Gute Arbeit‘

In dieser Ausgabe stellen wir den Aspekt ‚Multikulturelles Unternehmertum‘ vor, denn die Zahl der Firmengründer mit ausländischen Wurzeln wächst in Deutschland und in Brandenburg seit Jahren.

Doch welche Besonderheiten weisen Migrationsunternehmen auf?

Zuwanderer in Deutschland gründen deutlich seltener Unternehmen in wichtigen Sektoren wie Maschinenbau, Chemie oder Softwareerstellung als Deutsche, so das Ergebnis einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) vom Mai 2011. Außerdem würden nur 5 Prozent der selbstständigen Migranten Unternehmen in ‚wissensorientierten‘ Branchen gründen, also in Branchen, die in der Regel einen Studienabschluss voraussetzen.

Asiatischer Imbiss, türkischer Gemüsehandel oder polnische Nähstube – dies sind also nicht nur Klischees, sondern Realität. Denn 95 Prozent der selbstständigen Ausländer gründen in Bereichen, wo die Eintrittsschranken niedrig liegen. Die Autorin der Studie, Prof. Elisabeth Müller, führt die geringere Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund in wissensintensiven Branchen auf Bildungsunterschiede zwischen Zuwanderern und Deutschen zurück.

Generell gilt, dass Migranten gründungsfreudiger als die Deutschen sind. So gründeten zwischen 2008 und 2010 nur 5 Prozent der Bundesbürger ohne Migrationshintergrund ein Unternehmen, während es bei den Migranten 7 Prozent gewesen sind. Dies ergab eine im April 2011 veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Den größten Anteil unter den Gründern mit Migrationshintergrund hat die Gruppe der Türken. Aber auch die Gründer aus Osteuropa sind immer stärker vertreten, im Jahr 2010 lag ihr Anteil an den Gründungen mit Migrationshintergrund bei 35 Prozent.

Infos

Englischer Download der ZEW-Studie im Internet unter <http://tinyurl.com/82n2jq2>

Download der IAB-Studie im Internet unter <http://tinyurl.com/87cgh7f>

„Es ist vor allem wichtig, Qualität zu liefern“

Interview mit Michael Skalt, Unternehmer und Migrant

Er stammt aus der Ukraine und ist gelernter Flugzeugmotoren-Ingenieur. Jetzt ist er Geschäftsführer eines Bodenlegerbetriebes mit drei Mitarbeitern und einer Mitarbeiterin. BRANDaktuell befragte Michael Skalt, ob er als Migrationsunternehmer in Deutschland Besonderheiten zu beachten hat.

Herr Skalt, wie kamen Sie auf die Idee, dieses Unternehmen zu gründen?

Grundsätzlich wollte ich immer schon etwas mit den eigenen Händen machen. Die Idee, einen Bodenlegerbetrieb zu gründen, kam mir bei dem Besuch einer Messe. Ich habe mich dann 2004 mithilfe des Brandenburger Migrantensendienstes auf die Gründung vorbereitet. Dabei ging es vor allem um Informationen über die deutsche Buchhaltung und das Steuerwesen. Im Jahr 2005 habe ich dann das Unternehmen gegründet.

Welche Leistungen bieten Sie Ihren Kunden an?

Am Anfang habe ich mich auf die üblichen Bodenlegearbeiten und das Verketteln konzentriert. Im Oktober 2005 erhielten wir die Anerkennung als ‚Verspannteam Deutschland‘, d. h. wir können nun auch verspannte Teppichkonstruktionen anbieten. Im Oktober kam als weiterer Schwerpunkt die Herstellung von Autoteppichen hinzu.

Wie bestehen Sie gegenüber der deutschen Konkurrenz und wird Ihnen mit Vorurteilen begegnet?

Vorurteile wegen meines Migrationshintergrundes gibt es eigentlich nicht. Wir sind seit 2009 ein anerkannter deutscher Handwerksbetrieb. Ich denke, solange die Qualität meiner Ware stimmt, ist die Herkunft egal. Und unsere Leistung und Qualität stimmen, wie bei unseren Automatten. Wir stellen beispielsweise nur Originalmatten her, die wir vorher gesondert ausmessen. Darüber hinaus verwenden wir ein Spezialgarn, das besonders lange hält, nicht ausfranst und in 200 Farbtönen zur Verfügung steht. Also ein qualitativ gutes Produkt, das trotz etwas höherer Preise gern gekauft wird.

Als Unternehmer muss ich zudem mit Kunden umgehen können. Und das kann ich. Ich habe bereits in der Ukraine gelernt, wie Produkte zu verkaufen sind. Dieses Wissen wende ich auch hier in Deutschland an und es klappt immer besser, zumal meine Deutschkenntnisse besser geworden sind. □ (em)



Michael Skalt arbeitet mit der Kettelmaschine

SKALTTEX e. K.

Der Bodenlegerbetrieb wurde von Michael Skalt 2005 gegründet. Das Unternehmen hat mittlerweile 5 Mitarbeiter. Es hat sich auf Autoteppiche und ‚verspannte Teppichboden-Konstruktionen‘ spezialisiert. Verspanntechnik bedeutet eine spezielle Verlegung von Teppichböden, die in der Regel mit Nagelleisten verschraubt (bei Holzböden), gedübelt oder mit speziellen Klebstoffen auf den Estrich-Untergrund geklebt werden.

Die Kundschaft des in Frankfurt (Oder) ansässigen Unternehmens sind vor allem regionale Autohäuser und Laufkundschaft. Über das Internet gibt es zunehmend Bestellungen von Autohäusern aus ganz Europa.

Infos

Im Internet unter: www.skalttex.com

Zusammenarbeit wird intensiviert

Arbeitsgruppe Brandenburg/Lubuskie wird fortgesetzt



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren (v. l.) Staatssekretär Professor Wolfgang Schroeder (MASF), Christian Hoßbach (DGB Berlin), Moderator Joel Heilmann, Roman Fedak (Urząd Statystyczny w Zielonej Górze), Klaus-Dieter Teufel (UVB Berlin-Brandenburg), Edwin Gierasimczyk (Arbeitsamt Lubuskie)

Im Dezember 2010 haben das Brandenburger Arbeitsministerium und das Marschallamt Wojewodschaft Lubuskie eine Arbeitsgruppe gegründet, um den Prozess der Arbeitnehmerfreizügigkeit aktiv zu begleiten. Auf einer Tagung in Frankfurt (Oder) Ende Februar präsentierte die Arbeitsgruppe erste Ergebnisse und Empfehlungen für die weitere Zusammenarbeit. Dabei zeigte sich, dass sich die Kooperation bewährt hat. Die Arbeitsgruppe habe „viele Themen voranbringen und Vertrauen aufbauen können“, so Minister Baaske und Vizemarschall Maciej Szykula in ihren Eröffnungsreden.

Zwischen dem Land Brandenburg und der Wojewodschaft Lubuskie gibt es viele Ähnlichkeiten, wie die kleinteilige Wirtschaftsstruktur, die Erwerbstätigen- und die Arbeitslosenquote. Starke Unterschiede gibt es allerdings bei jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren. „Die Erwerbsquote dieser Altersgruppe ist in Brandenburg mit 58 Prozent fast doppelt so hoch wie in Lubuskie – dort liegt sie bei 33 Prozent“, so Grzegorz Blazkow, Arbeitsamt Lubuskie, der die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe Statistik präsentierte.

Bei der Fachkräftesicherung ist von unterschiedlichen Problemlagen auszugehen. Wie Ute Tenkhof, Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF), in ihrem Vortrag ausführte, wird in der Region Lubuskie ein breites Spektrum an verschiedenen Berufen nachgefragt. In Brandenburg ließen sich dagegen Engpässe im Bereich Gesundheits- und Pflegeberufe sowie bei einigen administrativen und technischen Berufen feststellen.

Die Referate von Christian Ramm, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur

für Arbeit, und Lukasz Hudziak, Arbeitsamt der Wojewodschaft Lubuskie, bestätigten den Trend, dass die seit Mai 2011 geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit keine wesentlichen Auswirkungen auf die beiden regionalen Arbeitsmärkte gehabt hätte.

Gründe dafür seien vor allem mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Lohnanreize. Außerdem interessierten sich vor allem polnische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen Qualifikationen für Brandenburg, während hier hauptsächlich Fachkräfte gesucht würden.

Wie geht es weiter?

Zum Abschluss der Tagung wurde eine weitere Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe beschlossen. Sie soll in sechs verschiedenen Themenbereichen (s. Infokasten) fortgesetzt werden. Denn bei der Kooperation ginge es, wie Beata Kiecana (Marschallamt Lubuskie) und Sabine Hübner (MASF) in ihren Abschlussreden betonten, um eine Win-win-Situation für beide Seiten. □ (em)

Arbeitsgruppe Brandenburg/Lubuskie

In der Expertengruppe sind das Brandenburger Arbeitsministerium, das Marschallamt Lubuskie, die Arbeitsverwaltungen, die Statistikämter sowie Arbeitgeber und Gewerkschaften vertreten. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Gestaltungsmöglichkeiten und Chancen für einen länderübergreifenden Arbeitsmarkt unter den neuen Bedingungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auszuloten und zu nutzen.

Die weitere Zusammenarbeit wird u. a. in folgenden Themenbereichen fortgesetzt:

- ▶ Intensivierung der Kooperation im Bereich Berufsausbildung;
- ▶ Fortsetzung der gemeinsamen Arbeitsmarktanalyse;
- ▶ Informationsaustausch zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen;
- ▶ Vorbereitung der neuen ESF-Förderperiode, die ab 2014 gilt.

Infos

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind in der Broschüre „Entwicklung eines deutsch-polnischen Arbeitsmarktes in der Region Brandenburg/Lubuskie – Potenziale und Chancen“ in Deutsch und Polnisch veröffentlicht. Download im Internet unter <http://tinyurl.com/36zqblb>



Die Kooperation wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Orientierungsberatung der Regionalbüros für Fachkräftesicherung

Der konjunkturelle Aufschwung, globalisierte Märkte, die demografische Entwicklung sowie technische und organisatorische Innovationen führen zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften. Im Land Brandenburg unterstützen die Regionalbüros für Fachkräftesicherung insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei dieser Herausforderung. Mit großem Erfolg wird den Unternehmen seit 2011 ein neuer Service angeboten: die Orientierungsberatung. Insbesondere kleine Unternehmen, die in der Regel keine eigenen Personalverantwortlichen haben, nehmen das Angebot der Orientierungsberatung bisher in Anspruch.

Bei der Orientierungsberatung werden die Unternehmen individuell beraten. Dabei werden von der Personalplanung über die Personalgewinnung und -entwicklung bis hin zur Personalbindung alle Aspekte der betrieblichen Fachkräftesicherung durchleuchtet, Schwachstellen identifiziert und Lösungsansätze besprochen sowie Unterstützungsstrukturen z. B. in der Nachwuchsarbeit aufgezeigt.

genommen hat, ist die GEOTANK Verwaltungsgesellschaft mbH aus Neuruppin. Der Geschäftsführer des Unternehmens, Andreas Paul, nahm zunächst wegen einer Fördermittelberatung Kontakt zum Regionalbüro Nordwest-Brandenburg auf. Im Zuge dieser Beratung und aufgrund weiterer Fragen zeigte der Geschäftsführer auch Interesse an einer Orientierungsberatung.

die für die weitere Unternehmensentwicklung notwendig waren und dringend benötigt wurden.

Ergebnis dieses Prozesses war ein zwölfmonatiger Weiterbildungsplan. Zur Umsetzung und Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen stellte das Unternehmen einen ersten Antrag nach der Richtlinie zur Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen. Der Fördermittelantrag wurde bewilligt und mit der Qualifizierung konnte begonnen werden.

Weitere Aktivitäten sollen nun in Orientierung an den Weiterbildungsplan erfolgen. Bei Bedarf wird das Regionalbüro für Fachkräftesicherung vom Unternehmen einbezogen. □

Thomas Krause-Heidenreich, LASA



Mitarbeiter der Firma GEOTANK führen eine Dichtheitsprüfung durch, indem ein Mitarbeiter im Schacht Messungen vornimmt, die vom anderen Mitarbeiter dokumentiert werden

Die Orientierungsberatung zielt ausschließlich auf die Fachkräftesicherung, betriebswirtschaftliche Fragestellungen u. a. sind nicht Gegenstand der Gespräche. Sollte sich im konkreten Fall ein spezieller Bedarf abzeichnen, wird auf relevante Beratungsmöglichkeiten hingewiesen.

Ein Unternehmen, das die Unterstützung der Regionalbüros bereits erfolgreich in Anspruch

Beispiel für eine Orientierungsberatung

Erstes Ziel der betrieblichen Personalentwicklung war es, alle Weiterbildungsbedarfe zu erfassen. Dazu erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Aufgabe, eigene Vorstellungen zu formulieren und Weiterbildungsbedarfe offen zu äußern. Diese wurden dann mit den Qualifikationsbedarfen abgeglichen,

Regionalbüros für Fachkräftesicherung

Im Land Brandenburg bieten die an sechs Standorten arbeitenden Regionalbüros für Fachkräftesicherung insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung in Fragen der Fachkräftesicherung. Sie sind kompetente Ansprechpartner für Informationen zur demografisch bedingten Fachkräfteentwicklung, zu Möglichkeiten der strategischen Personalentwicklung und zu Fördermöglichkeiten der betrieblichen Aus- und Weiterbildung.

Wenn auch Sie das kostenfreie Angebot der Orientierungsberatung nutzen wollen, wenden Sie sich an Ihr Regionalbüro für Fachkräftesicherung. Die zuständigen Ansprechpartner können Sie im Internet finden.

Infos

- Zu den Regionalbüros im Internet unter www.fachkräfte-brandenburg.de



Die Regionalbüros werden aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.

- Zur Kompetenzentwicklungsrichtlinie im Internet unter <http://tinyurl.com/cd4lku>



Die Richtlinie wird durch das MASFaus Mitteln des ESF gefördert.

„Standards für Infoqualität sollen die Entscheidung erleichtern“

Interview mit Heidrun Saalfrank, Teamkoordinatorin Weiterbildung Brandenburg, LASA

Die Brandenburger Weiterbildungsdatenbank will neue Standards im Suchportal für Weiterbildung in Berlin und Brandenburg einführen. „Die neuen Standards erleichtern den Nutzerinnen und Nutzern unseres Suchportals die Entscheidung für oder gegen ein Bildungsangebot, weil sie nun eine bessere Orientierung erhalten“, so Heidrun Saalfrank. Im Interview informiert sie über die Neuerungen.

Frau Saalfrank, was können sich die Nutzer unter den neuen Standards vorstellen?

Auf dem Markt gibt es eine große Fülle von Weiterbildungsangeboten. Einen Nutzen bringt die Vielzahl an Bildungsangeboten für Bildungssuchende nur bei möglichst hoher Transparenz, die ein Vergleichen der Bildungsmaßnahmen möglich macht.

Um den Nutzerinnen und Nutzern unseres Suchportals für Berlin und Brandenburg ihre Bildungsentscheidung zu erleichtern, führen wir im Juni 2012 ein zweistufiges Verfahren der Bewertung der Informationsqualität ein.

Dieses Verfahren ist eine mit unserer Beteiligung im letzten Jahr entwickelte Rankingmethode für die deutschen Weiterbildungsdatenbanken, die im Infoweb Weiterbildung (IWWB) zusammengeschlossen sind.

Welche Standards wird es geben?

Es wird einen ‚Suchportal-Infoqualität-Standard‘ geben, der über 33 Pflichtfelder für eine

Bildungsmaßnahme gewährleisten wird. Mit dem ‚Suchportal-Infoqualität-StandardPlus‘ werden Anbieter belohnt, die nahezu alle Datenbankfelder ausfüllen, also eine vollständige Beschreibung der Angebote unterbreiten.

Bei der Bewertung geht es nicht um die Qualität der Bildungsangebote, sondern vielmehr um die Vollständigkeit der Informationen zu einer Bildungsmaßnahme. Die neuen Standards sollen Bildungsanbieter motivieren, ihre Angebote so umfassend wie möglich zu beschreiben. An der Bewertung der Infoqualität können die Nutzerinnen und Nutzer dann ablesen, wie gut der Bildungsanbieter diesem Anliegen nachgekommen ist.

Was können die Bildungsinteressierten von den neuen Standards erwarten?

Bildungsinteressierte benötigen nützliche und vergleichbare Informationen, um eine für sie passende Kurswahl treffen zu können. So werden unsere Nutzerinnen und Nutzer künftig noch besser informiert über Starttermine, Zielgruppen, Bildungsinhalte, Fördermöglichkeiten



Heidrun Saalfrank, Weiterbildung Brandenburg


und über die Anbieter selbst, um nur einige Indikatoren zu nennen.

Der erreichte Infostandard kann sowohl der Ergebnisliste als auch der Detailansicht im Suchportal entnommen werden. Bis zu drei Bildungsangebote können miteinander verglichen werden. Das führt zu noch mehr Transparenz. □

Stefanie Trautwein, LASA

Infos

Im Internet unter www.weiterbildung-brandenburg.de; Zugang zum Suchportal auf der Startseite oben rechts.

 Das Projekt wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.

Hinweise für Bildungsanbieter

Den Bildungsanbietern bringen die neuen Standards folgende Vorteile:

- ▶ die Attraktivität ihrer Angebote für die Bildungsinteressierten steigt,
- ▶ ihre Präsenz im Suchportal verbessert sich,
- ▶ durch die Vollständigkeit der Informationen entscheiden sich die Kundinnen und Kunden leichter für ein Angebot,
- ▶ gute Datenpflege wird anerkannt und belohnt,
- ▶ durch Pflichtfelder gewährleisten wir den Standard-Status,
- ▶ sie erhalten einen besseren Überblick über den Markt,
- ▶ der Wettbewerb wird fairer.

The screenshot shows the search results page of the WDB Suchportal. At the top, there is a search bar with the text '14806', 'Universa 20 km', and 'Spanisch'. Below the search bar, it says '3 Angebote wurden gefunden.' and 'Sie befinden sich auf Seite 1 von 1 der Suchergebnisse.' The main content area displays a table with columns: 'Region', 'Dauer/Preis', 'Titel des Angebots', 'Zertifizierung', and 'Ort/Entfernung'. The first result is 'Spanisch intensiv für Anfänger' with a duration of 5 days and a price of 43 €. Below the table, there are tabs for 'Überblick', 'Inhalte', 'Termine', and 'Anbieter'. The 'Überblick' tab is selected, showing details for the course, including the next term dates (20.04.2012 to 27.04.2012), provider (Kreisvolkshochschule Bielefeld), and certification (LQW).

Ansicht der Datenbank mit den neuen Standards

Existenzgründerprojekt ‚young companies‘ weiter erfolgreich

Neue Gründerwerkstatt als Laden in Bernau eröffnet

Das Existenzgründerprojekt ‚young companies‘ eröffnete am 18. November 2011 seine vierte Gründerwerkstatt im Land Brandenburg in Bernau. Zusammen mit dem Landrat Bodo Ihrke und anderen Gästen fiel der Startschuss für die Arbeit junger Leute, die mithilfe von ‚young companies‘ den Schritt aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit gehen möchten.

Das Grundkonzept der Gründungswerkstatt war auch in Bernau selbstverständlich das Gleiche: Junge Gründungsinteressierte erarbeiten zusammen die wichtigsten Bestandteile eines Geschäftsplans und entwickeln Schritt für Schritt ihre Idee zu einem marktfähigem Konzept. Dennoch beschreitet ‚young companies‘ in Bernau Neuland: Die Standortwahl war bei diesem Projekt ein sehr wichtiger Aspekt. Es sollte nicht in einen Bürokomplex liegen. Deshalb wurde gezielt nach einem Ladengeschäft gesucht, wo die Leute sehen, wie

gearbeitet wird. Es soll Interesse und Neugier schon von außen wecken. Der neue Standort liegt in Bernau zentral in der Berliner Straße, an einer viel befahrenen Kreuzung, versehen mit Leuchtschrift und einem Infofenster.

Großes Interesse von Frauen

Die ersten Wochen lassen ‚young companies‘ positiv in die Zukunft blicken: Die Promotion war sehr erfolgreich. Die Bernauer haben uns mit viel Interesse willkommen geheißen. Das

merkte insbesondere der Standortleiter, Björn Baugatz, der neben der Werkstatt in Eberswalde nun auch am Montag und Mittwoch die Werkstatt in Bernau vertritt. Die ersten Neugierigen kamen bereits in den Tagen nach der Eröffnung. Anfang Januar startete der erste Durchgang mit fünf Teilnehmenden – vier Frauen und ein Mann. Für den nächsten Durchgang in der für maximal sechs Personen ausgelegten Werkstatt gibt es bereits neue Interessenten, dieser wird voraussichtlich im März beginnen. □ Alexander Möller, Leiter des Projektes ‚young companies‘

Infos

Internet: www.young-companies.de

Das Projekt wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.



Bild 1 und 2 wurden bei der Eröffnung aufgenommen und Bild 3 zeigt eine Workshop-Situation

Wege ins Erwachsensein – soziallagensensible Gesundheitsförderung

Fachtagung des Regionalen Knoten Brandenburg in Potsdam

Sozial benachteiligte Jugendliche haben geringere Chancen auf ein gesundes Aufwachsen, auf Bildungserfolge, auf gesellschaftliche Teilhabe – auch in Brandenburg. Psychosoziale Belastungen erschweren ihren Weg zusätzlich. Nicht zuletzt schaffen sie oftmals nicht den Sprung in Ausbildung und Arbeitswelt. Ausgrenzungserfahrungen und meist eine längere Abhängigkeit von Transferleistungen sind die Folge.

Wie können Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen Perspektiven für ihre persönliche Zukunft entwickeln? Wer unterstützt sie auf ihrem Weg, und wie lassen sich Angebote der Gesundheitsförderung und Lebensplanung für diese Gruppe bedarfsgerecht und nachhaltig gestalten?

Diesen Fragen widmete sich am 14. November 2011 eine Fachtagung des Regionalen Knoten Brandenburg mit 120 Akteuren. Die

Landesregierung unterstützt das Anliegen der Fachtagung, wie Sozialminister Günter Baaske in seinem Grußwort betonte.

Übergänge gemeinsam meistern

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung gestaltet sich für Jugendliche mit psychosozialen Belastungen oft schwierig. Ihnen fehle es an sozialem Halt, Vorbildern und Reife – sie bedürfen dringend einer Beglei-

tung, die die Balance zwischen Fördern und Fordern hält, so die Meinung der Referenten. Die Ressourcen der Jugendlichen zu stärken, könne gelingen, wenn die Institutionen ein gemeinsames Anliegen für sie entwickelten. Kooperationen, so ihre Erfahrung, erzeugen gegenseitiges Verständnis und können Wege verkürzen. Erfolgversprechend sind Angebote, welche niedrigschwellig gestaltet sind, frühzeitig ansetzen und Fachkräfte aus allen relevanten Sektoren vernetzen: Von der Schule über Jugendhilfe und Arbeitsförderung bis hin zu Gesundheitsdiensten. □ Maïke Rühl

Infos

Gesundheit Berlin-Brandenburg, Regionaler Knoten Brandenburg, Behlerstraße 3a, Haus H2, 14467 Potsdam; Internet: www.knoten-brandenburg.de

Ein Blick in Deine Zukunft

Bilanz zum zehnjährigen Jubiläum des Zukunftstages



Als im Jahr 2003 erstmalig der Zukunftstag für Mädchen und Jungen im Land Brandenburg stattfand, waren es anfangs weniger als 100 Unternehmen und Einrichtungen, die ihre Türen anlässlich des Aktionstages geöffnet haben. Mittlerweile stieg die Zahl der Veranstalter auf fast 500. Diese stellten für den Blick in die Arbeitswelt 2011 mehr als 9.000 Plätze zur Verfügung.

Diese Bilanz soll – anlässlich des Jubiläums – gewürdigt werden. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie hat einen Wettbewerb ausgerufen, bei dem Veranstalter, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, aber auch Akteure, die sich außerschulisch für den Zukunftstag stark machen, teilnehmen können.

Auf dem Internetportal ‚www.zukunftstag-brandenburg.de‘ können Sie sich anmelden und der Jury Ihre Erlebnisse, Fotos oder Videos über Ihren Zukunftstag übermitteln. Die



Das ist die berufliche Zukunft der 17-jährigen Marie Tettschlag – sie erlernt den Beruf der Konstruktionsmechanikerin. Zurzeit ist sie als Auszubildende im ersten Lehrjahr bei der Metallbau Glawion GmbH in Eberswalde angestellt

Prämierten werden durch die Landesregierung ausgezeichnet.

Zukunftstag 2012: 26. April

In diesem Jahr findet der Zukunftstag am 26. April statt. Ziel ist es vor allem, den Mädchen einen Blick in die gewerblich-technischen bzw. MINT-Berufe zu gewähren und die Jungen zu animieren, sich die sozialen und erzieherischen Berufe näher anzusehen. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an Fachkräften und der Verpflichtung der Landesregierung, jeder Schülerin und jedem Schüler bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, stehen die Chancen für einen Ausbildungsvertrag im Land besonders gut.

Jugendliche und Lehrkräfte sind aufgerufen, am 26. April die Gelegenheit zu nutzen, um sich in den regional verankerten Branchen umzusehen. Die Veranstalter haben an diesem Tag Gelegenheit, Fachkräfte für die Zukunft zu werben. Deshalb gilt: Frühzeitiges Anmelden auf der Internetseite sichert die besten Plätze und natürlich Informationen, Tipps und Materialien rings um die Berufs- und Studienwahl. □

Agentur BELLOT

Infos

Im Internet unter:

www.zukunftstagbrandenburg.de

Der Zukunftstag wird aus

Mitteln des ESF und des

Landes gefördert.



Weiterbildung

Chefs schätzen aktive Vorschläge

Arbeitgeber schätzen selbstständige Weiterbildungsvorschläge ihrer Mitarbeiter. Dies ergab die diesjährige forsa-Studie, die im Auftrag des ILS Instituts für Lernsysteme durchgeführt wurde. Es wurden 301 Personalverantwortliche in Unternehmen mit mehr als 150 Mitarbeitern befragt.

Laut der Studie befürworten 96 Prozent der befragten Personalverantwortlichen nicht nur ein solches aktives Vorgehen der Mitarbeiter, sondern unterstützen es auch finanziell. So finanziert ein Drittel der Personalverantwortlichen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter vollständig. Partielle Kostenübernahmen sind bei acht von zehn Arbeitgebern üblich. Aber auch der Freistellung für Seminare (77 Prozent) oder der Anschaffung von Lehrmaterialien (37 Prozent) stimmen Arbeitgeber häufig zu.

Allerdings knüpfen 96 Prozent der Arbeitgeber die Unterstützung daran, dass die Weiterbildung zu den Aufgaben passt, die der Mitarbeiter im Unternehmen übernimmt. Außerdem solle mit der anvisierten Weiterbildung eine bestehende Wissenslücke im Unternehmen geschlossen werden. Den größten Weiterbildungsbedarf gäbe es laut der Studie im kaufmännischen Bereich. Aber auch im technischen Bereich, bei den Soft Skills und der EDV/IT bestehe Bedarf. □ (em)

Infos

Berufsbegleitende Weiterbildung: Die Chance für Unternehmen und Mitarbeiter (forsa-Studie 2012), Download im Internet: <http://tinyurl.com/8944nt5>

Aufnahmekultur für mehr Innovation

Innovation in Forschung und Unternehmen durch qualifizierte Zuwanderung unterstützen

Nachrichten schärfen den Blick für bekannte Probleme. Wie Franco Frattini, EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, ausführt, soll der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten aus Drittstaaten erhöht werden. Europa möchte ein japanisches Szenarium vermeiden, denn dort stagniert seit zwei Jahrzehnten vorwiegend wegen der abnehmenden Anzahl der Erwerbstätigen die Wirtschaftsleistung. Das Gegenstück zu Japan sind die USA. Im Jahr 2005 waren hier im Ausland geborene Immigranten an 25 Prozent der Technologie-Firmengründungen des vorangegangenen Jahrzehnts beteiligt.

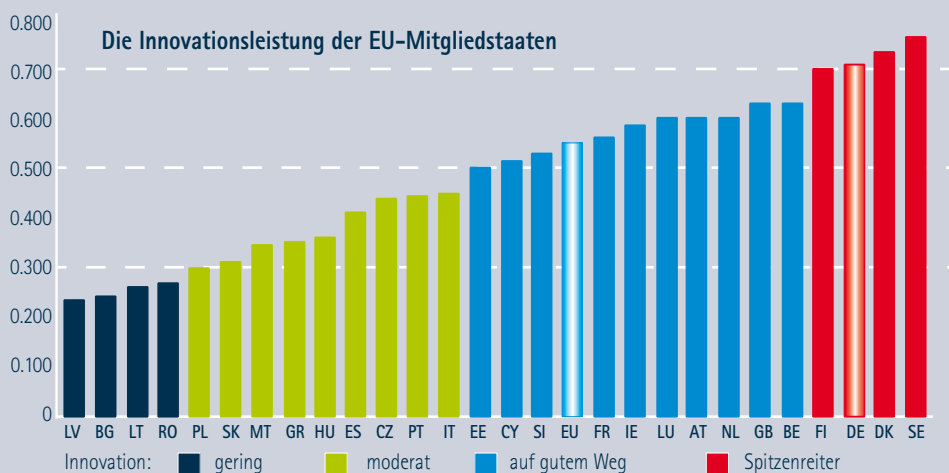
Der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten aus Drittstaaten beträgt in Australien 9,9 Prozent, in Kanada 7,3 und in den USA 3,5 Prozent, liegt aber in der EU lediglich bei 0,9 Prozent. Es geht aber nicht nur um die Wirtschafts-, sondern auch um die Innovationskraft. Die Daten des Leistungsanzeigers der Innovationsunion 2011, eine Initiative der EU zur Fortschrittsmessung, belegen für beinahe alle Mitgliedstaaten eine verbesserte Innovationsleistung. Der Anstieg der Innovationsleistung verlangsamt sich jedoch, und der EU gelingt es nicht, den bestehenden Rückstand zu den globalen Innovationsführern USA, Japan und Südkorea zu verringern. Den

Signale an ausländische Fachkräfte und Studenten

Wie kommen die Nachfrage der Wirtschaft und das Angebot an motivierten und qualifizierten Fachkräften aus der EU und Drittstaaten zusammen? Große Hoffnungen wurden in Deutschland in die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai vergangenen Jahres gesetzt. Jedoch ist der Zustrom aus anderen EU-Ländern bisher ausgeblieben. Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und muss deshalb an vielen Schrauben drehen, um im globalen Wettbewerb um Fachkräfte attraktiver zu werden. Dabei

Absenkung der Gehaltsschwelle auf 33.000 Euro im Jahr festgelegt, wenn die Fachkräfte mit einem Arbeitsvertrag eingestellt werden. Sie erhalten dann eine zunächst befristete Aufenthaltserlaubnis. Für andere Berufe soll die Gehaltsschwelle bei 44.000 Euro pro Jahr liegen. Für die weitergehende Niederlassungserlaubnis müssen Hochqualifizierte aus Drittstaaten ein Jahreseinkommen von 48.000 Euro erzielen. Die Anziehungskraft eines Landes wird mit dadurch bestimmt, ob Familienangehörige willkommen sind. Ehepartner von Besitzern der ‚Blauen Karte‘ dürfen zukünftig in Deutschland arbeiten, ohne dass die Bundesagentur für Arbeit zustimmen muss.

Ein weiteres Potenzial bilden die ausländischen Studenten. Zwar durften sie schon jetzt nach Abschluss ihres Studiums ein Jahr lang einen Job suchen, der ihrer Qualifikation entspricht. Dabei bleibt es auch. Künftig dürfen sie aber in dieser Zeit jede Arbeit annehmen, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu haben.



Anmerkung: Die durchschnittliche Leistung wird anhand eines zusammengesetzten Indikators gemessen, in den Daten für 24 Indikatoren einfließen, für die eine Leistungsziffer zwischen 0 (niedrigstes Leistungsniveau) und 1 (höchstes Leistungsniveau) bestimmt wird. Die durchschnittliche Leistung des Jahres 2011 spiegelt aufgrund einer Verzögerung bei der Datenverfügbarkeit die Leistung von 2009/2010 wider. Quelle: Leistungsanzeiger der Innovationsunion 2012

größten Rückstand verzeichnet die EU-27 bei Innovationen des privaten Sektors. Hingegen bleibt der Vorsprung der EU vor den Schwellenländern China, Brasilien, Indien, Russland und Südafrika erhalten. Allerdings holt China zügig auf. Innerhalb der EU hält Schweden seine Führung, gefolgt von Dänemark, Deutschland und Finnland.

greifen EU-weite und nationale Maßnahmen ineinander. Mit der neuen ‚Blue Card EU‘ bestätigen die Mitgliedstaaten der EU den legalen Aufenthalt von Angehörigen von Drittstaaten zum Zwecke der Erwerbstätigkeit. Parallel dazu hat Deutschland für etwa 60 Mangelberufe in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) eine

Was tut Brandenburg?

Hierzulande gibt es bereits Beispiele, aus denen weitere Erfolgsfaktoren generiert werden können. So arbeiten in der Potsdamer Friendship System GmbH 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sechs Nationen. Die Erfahrung lehrt, es geht um die Entwicklung von neuen Dienstleistungen für ausländische Fachkräfte: umfassende Informationen über Engpässe und Möglichkeiten in Bezug auf Fachkräfte in Deutschland, maßgeschneiderte Hilfestellungen für Einwanderer beim Erlernen der Sprache, Unterstützung bei der Integration in ein fremdes Umfeld und Anpassungen in Politikfeldern wie Rentenregelungen und Gesundheitsvorsorge. Das Land bietet u. a. mit der Förderung des transnationalen Wissens- und Erfahrungsaustausches aus dem ESF Möglichkeiten, von erfolgreichen europäischen Ländern zu lernen. Ein Projekt hat darüber hinaus bereits Kontakte nach Taiwan aufgebaut, denn zukünftig wird zu unserem interkulturellen Know-how auch die Asienkompetenz gehören müssen. □

Aelita Siewert, BBJ Consult AG

Infos

Aelita Siewert, BBJ Consult AG, E-Mail: siewert@bbj.de

HSI Transnational

Projekt will europäische Integrationsmethoden transferieren



Ziel des Projektes

In unserer Reihe ‚Projekte der Transnationalen Richtlinie‘ stellen wir diesmal das Projekt ‚Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI) Transnational‘ vor. Das Projekt aus der 2. Förderrunde wird von der ‚xit GmbH – forschen. planen. beraten.‘ durchgeführt. Die Laufzeit ist von Juni 2010 bis April 2012.

Ziel ist es, das Projekt ‚Haftvermeidung durch soziale Integration‘ durch einen transnationalen Input weiterzuentwickeln, indem die Ergebnisse von ‚HSI Transnational‘ mit in die Arbeit des Brandenburger Netzwerkes ‚Haftvermeidung durch soziale Integration‘ einfließen.

Input der transnationalen Partner

Die transnationalen Partner sind NIACRO – Straffälligenhilfe Nordirland, Fundación DIAGRAMA – Stiftung zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung Spanien, IGA – Crime Prevention Fund Bulgarien und Work-Wise aus den Niederlanden. In vier Studienbesuchen standen vor allem die Strategien und Methoden der beruflichen Wiedereingliederung und der Maßnahmen zur Haftvermeidung im Fokus. In den Niederlanden wird versucht, diese Ziele über das kommunale ‚Sicherheitshuis‘ zu realisieren. Diese Einrichtung soll – über eine institutionalisierte Kooperation auf kommunaler Ebene und schnelles, vernetztes Handeln bei ersten Straftaten – weitere verhindern und damit generell die Sicherheitslage der Bevölkerung verbessern. Der nordirische Partner setzt auf eine gezielte Informationsstrategie, um Vorurteile bei potenziellen Arbeitgebern aufzubrechen, wenn sie ehemalige Straffällige einstellen. Ein Teil dieser Informationsstrategie ist es auch, die Vorteile für Unternehmen, wie positiver Imagegewinn, hervorzuheben. In Spanien steht dagegen eine systematische Elternarbeit im Vordergrund. Im Rahmen einer Elternschule werden dem familiären Umfeld ‚Erziehungsinstrumente‘ vermittelt, die helfen sollen, bei Jugendlichen Straftaten zu vermeiden.

Bisherige Bilanz

Die Ansätze der transnationalen Partner bedeuten für Brandenburg einen wichtigen Fundus für Weiterentwicklungen. Allerdings gehen sie in der Tiefe wesentlich weiter. Hier haben wir Impulse für Transfer und Innovation erhalten und setzen diese durch Transferagenten bereits um. Im Projektverlauf zeigte sich auch, dass Brandenburger Ansätze zur Straffälligenhilfe bzw. Resozialisierung bei den Partnern auf Interesse stoßen: In Nordirland wurde der HSI-Ansatz ‚Arbeit statt Strafe‘ in ein vergleichbares Verfahren integriert. Noch in diesem Jahr wird zusammen mit der Partnerorganisation IGA der Transfer des Brandenburger HSI-Modells in das bulgarische System der Resozialisierung geprüft werden. □

Clemens Russell/Prof. Dr. Harald Christa, xit GmbH

Infos

xit GmbH, Bülowstr. 66, 10783 Berlin; Clemens Russell,
Tel.: (030) 2 36 32 63-24, E-Mail: russell@xit-online.de,



Internet: www.xit-online.de

Das Projekt wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.



Auf der Abschlussveranstaltung von HSI Transnational ist Gastredner Peter Stub Jorgensen, Direktor für ESF in der EU-Kommission, optimistisch, dass in der nächsten EU-Förderperiode Projekte wie HSI weiter gefördert werden



Die transnationalen Partner aus Spanien, Nordirland, Niederlande und Bulgarien verfolgen die Projektergebnisse



Der Nordire Pat Conway (NIACRO) erläutert in der Arbeitsgruppe 4 den Nutzen von transnationalen Projekten

5 Fragen – 5 Antworten

Grundbildung für Erwachsene – Interview mit Inga Börjesson

In der Artikelserie ‚5 Fragen – 5 Antworten‘ kommen Projektträger zu Wort, die Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nutzen. Dieses Mal wurde Inga Börjesson, Leiterin des Projekts ‚Grundbildung für Erwachsene – Implementierung von Lernmodulen zur Grundbildung an Volkshochschulen‘ des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes e. V. befragt. Ziel dieses vom Bildungsministerium geförderten Projekts ist es, Menschen, die kaum lesen und schreiben können – sogenannte funktionale Analphabeten –, eine Grundbildung zu vermitteln.



Inga Börjesson hält für jeden eine Tür offen

Frau Börjesson, das Projekt ‚Grundbildung für Erwachsene‘ wird durch das Land Brandenburg mit ESF- und Landesmitteln gefördert. Woher wussten Sie von der Fördermittelvergabe und wie diese Mittel beantragt werden müssen?

Auf die Möglichkeit der Projekte und ihrer Finanzierung wurden wir durch das Bildungsministerium hingewiesen. In einer gemeinsamen Beratung mit dem Bildungsministerium und der LASA Brandenburg GmbH vor Beginn der ersten Antragstellung konnten grundsätzliche Fragen vorab geklärt werden. Laufende Verfahrens- und Förderhinweise erhalten wir ferner durch die Beratung und die Internetseiten der LASA. Einige Schwierigkeiten resultieren aus festgelegten Förderstrukturen, insbesondere die Aufteilung in Förderregionen Nordost und Südwest, die so teilweise nicht dem Bedarf im Rahmen der Projekte entsprechen.

Wofür setzen Sie die Mittel genau ein?

Mit den Projektgeldern werden Kurse an Volkshochschulen im Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung finanziert. Das Gesamtangebot umfasst acht verschiedene Module in Form von Kursangeboten, von denen die Alphabetisierung den größten Anteil ausmacht. Die heutigen gesellschaftlichen und beruflichen Anforderungen machen es dringend erforder-

Nehmen wir an, Sie hätten die ESF-Fördermittel nicht in Anspruch genommen. Was würde in Brandenburg heute fehlen?

Zunächst gäbe es für die Betroffenen kaum Kursangebote, weniger Ermutigung zum Kursbesuch sowie weniger öffentliche Wahrnehmung des Themas Alphabetisierung und Grundbildung. Auch positive Folgewirkungen – etwa im Bereich der Arbeitsplatzsicherung, der Gesundheit, der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe – entfielen. Reguläre Kursangebote können Betroffene aus finanziellen Gründen nicht wahrnehmen. Die Förderung ermöglicht eine preisgünstige, zur Alphabetisierung sogar kostenfreie Teilnahme, sowie die notwendigen Rahmenbedingungen für die individuelle Lernförderung. Die Alphabetisierung ist ein brennendes Problem: Es gibt nach neuen Untersuchungen rund 7,5 Millionen

lich, Lesen und Schreiben zu können, die grundlegenden Rechenarten zu beherrschen sowie über Basiskenntnisse in Englisch und Computeranwendungen zu verfügen. Durch den Erwerb dieser Kenntnisse soll den Teilnehmenden die Bewältigung des Alltags erleichtert, die gesellschaftliche Teilhabe erhöht sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt werden. Die Kursangebote zur Alphabetisierung und Grundbildung werden durch weitere Projekte, durch Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung der Kursleitungen begleitet.



Wir helfen
das Chaos zu ordnen.

Kurse für Lesen, Schreiben, Rechnen
an Ihrer Volkshochschule!

Mit diesem Plakat wird für die Grundbildung geworben

funktionale Analphabeten in Deutschland. Das können und dürfen wir uns nicht leisten. Wir hoffen daher sehr auf die notwendige Unterstützung durch weitere Projektförderungen und auch auf einen Prozess des Umdenkens in der Öffentlichkeit.

Stichwort Öffentlichkeitsarbeit: Welche Erfahrungen haben Sie bisher gemacht? Was hat sich bewährt? Was können Sie anderen raten?

Dieses Thema ist eine große Herausforderung, denn potenzielle Teilnehmende können über schriftliche Materialien nicht gut angesprochen werden. Gleichzeitig ist eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit in Funk und Fernsehen nicht finanzierbar. Wir versuchen also, auf Plakaten und Flyern mit Bildern und möglichst wenig Text zu arbeiten. Die zweite Gruppe, die wir ansprechen wollen, sind Kontaktpersonen, etwa in Behörden und sozialen Einrichtungen, aber auch im Freundes- und Verwandtenkreis der Betroffenen. Für sie verwenden wir umfangreicheres Material mit Hintergrundinformationen. Zudem gibt es regionale Aktionen, etwa zum jährlichen Weltalphabetisierungstag am 8. September, und zahlreiche Informationsveranstaltungen, Gespräche sowie unsere Internetseiten.

Sie haben vor rund fünf Jahren Mittel aus dem ESF beantragt. Wie lautet Ihre Bilanz zum heutigen Tag?

Die ist sehr positiv, denn wir haben bis heute über 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer betreut und die Zahlen steigen von Jahr zu Jahr an. Auch immer mehr Volkshochschulen beteiligen sich an diesem Projekt. Wir würden es deshalb sehr begrüßen, wenn die nächste ESF-Förderperiode eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote ermöglichen und die Förderbedingungen entbürokratisieren würde, sodass die bedarfsgerechte Bildungsarbeit einfacher wird. □ Agentur BELLOT Infos

Das Interview musste stark gekürzt werden, die Langfassung finden Sie auf den Internetseiten von BRANDaktuell unter www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell/index.php?id=1413.

Brandenburgischer Volkshochschulverband e. V., Zum Jagenstein 3, 14478 Potsdam; Tel.: (03 31) 2 00 66 93, Internet: www.vhs-brb.de



Das Projekt wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.



Angesichts der demografischen Entwicklung – kein Thema für die lange Bank: Potenziale Älterer für den Arbeitsmarkt

Potenziale Älterer besser nutzen

Gemeinsame Grundsätze für aktives Altern in der EU gefordert

Die Regierungsvertreter der EU-Mitgliedstaaten sprachen sich im Rat der Europäischen Union nachdrücklich dafür aus, Wege und Möglichkeiten zu finden, damit ältere Menschen ihre noch ungenutzten Ressourcen noch besser in die Gesellschaft einbringen können. Dazu sollen gemeinsame Grundsätze entstehen.

Auf europäischer Ebene sind in den vergangenen Jahren mehrere Resolutionen verabschiedet worden, die auf die möglichen positiven Effekte der verstärkten Einbeziehung Älterer hinweisen und Anregungen für zu ergreifende Maßnahmen geben. In der Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ‚Europa 2020‘ wird die zunehmende Alterung der Bevölkerungsstruktur als eine der drei Herausforderungen für die EU bezeichnet. Womit auch die Notwendigkeit unterstrichen wird, ältere Menschen in die zu entwickelnden Handlungsansätze einzubeziehen.

Gemeinsame Grundsätze für aktives Altern

Vor diesem Hintergrund hat der Rat der Europäischen Union mit seinen Schlussfolgerungen zum Thema ‚Alterung als Chance für den Arbeitsmarkt und die Entwicklung von Sozialdiensten und Gemeinschaftstätigkeiten‘ Ende vergangenen Jahres verstärkte Bemühungen eingefordert. Denn insbesondere würden ältere Menschen im Hinblick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in Europa ein erhebliches Potenzial darstellen.

Nach Ansicht des Rates müssten

- ▶ Beschäftigungshindernisse beseitigt,

- ▶ die Beschäftigungsbedingungen verbessert und zudem
- ▶ das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt deutlich reduziert werden.

Außerdem sei es notwendig, Diskriminierungen zu bekämpfen und in das lebenslange Lernen zu investieren.

Bis Ende des Jahres 2012, so sehen es die Schlussfolgerungen vor, sollten gemeinsame Grundsätze für das aktive Altern verabschiedet werden. Die sollten sich auf die Bereiche Beschäftigung und Teilhabe an der Gesellschaft sowie gesundes und selbstbestimmtes und würdiges Leben erstrecken. Überdies müssten sie den unterschiedlichen Herausforderungen für Frauen und Männer gerecht werden und die verschiedenen innerstaatlichen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen respektieren.

Die Schlussfolgerungen des Rates stehen in engem Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen. □

Raul Skorubski, BBJ Consult AG

Infos

Die Schlussfolgerungen finden Sie auf den Internetseiten des EU-Consiliums unter <http://tinyurl.com/8y6nvcy>

Europäische Agenda für Erwachsenenbildung erneuert

Impulse für die nächsten Jahre

Ende des Jahres 2011 hat der Rat der Bildungsminister der Europäischen Union die erneuerte Agenda für die Erwachsenenbildung verabschiedet. Diese Agenda baut auf den Ergebnissen des ‚Aktionsplans Erwachsenenbildung: Zum Lernen ist es nie zu spät‘ aus dem Jahr 2007 auf. In der erneuerten Agenda bekräftigt der Rat, dass das lebenslange Lernen und die kontinuierliche Entwicklung neuer Schlüsselkompetenzen während des gesamten Berufslebens von zentraler Bedeutung seien. Sie sind wichtige Voraussetzungen, um die gegenwärtige ökonomische Krise zu bewältigen und die Wachstumsziele der EU-Strategie Europa 2020 zu erreichen.

Erwachsenenbildung schließt alle Typen des Lernens durch Erwachsene nach der Erstausbildung ein. Dazu zählt das Lernen für persönliche, zivilgesellschaftliche und soziale Zwecke ebenso wie das berufsbezogene Lernen, unabhängig, ob es in formalen Ausbildungs- und Weiterbildungssystemen oder in anderen Zusammenhängen geschieht.

Der Aktionsplan Erwachsenenbildung war ausgerichtet auf die Jahre 2008 bis 2010. Er enthielt erstmalig eine Liste gemeinsamer Prioritäten. So wurde die Kooperation in der EU auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung mithilfe der offenen Methode der Koordinierung (OMK) intensiviert. Die OMK bietet einen unverbindlichen Rahmen für den Meinungsaustausch und ermöglicht ein abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedstaaten. Das Hauptaugenmerk lag auf gering qualifizierte Menschen und Personen, deren fachliche Qualifikation nicht mehr zeitgemäß war, wie z. B. Menschen ohne Berufsausbildung, Schulabbrecher sowie Migrantinnen und Migranten.

Im Jahr 2009 hat der EU-Rat mit dem Ziel, die Kooperation der Mitgliedstaaten zu fördern, den ‚strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung‘ (ET 2020) beschlossen. Darin wird dem lebenslangen Lernen nicht nur eine fundamentale Bedeutung zugesprochen, sondern jede Art des Lernens (formal, nicht formal oder informell, s. Kasten auf S. 27, d. Red.) auf allen Ebenen einbezogen. Somit reicht das Spektrum von der frühkindlichen Bildung über die Schulbildung, Hochschulbildung und Berufsausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung.

Seitdem hat sich allerdings der ökonomische und politische Kontext verschärft. Die Europäische Union muss die tiefste Finanz- und Wirtschaftskrise ihrer bisherigen Geschichte bewältigen. Mit der Strategie Europa 2020

will sie ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum für Europa bis zum Jahr 2020 erreichen. Hierfür sollen auch die Potenziale der Erwachsenenbildung

„Um sowohl den kurz- als auch den langfristigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu begegnen, müssen Erwachsene ihre persönlichen und beruflichen Fertigkeiten und Kompetenzen regelmäßig weiterentwickeln. Angesichts der derzeitigen instabilen Lage des Arbeitsmarktes und der Notwendigkeit, das Risiko sozialer Ausgrenzung zu verringern, gilt dies insbesondere für die Geringqualifizierten. Indessen können alle Erwachsenen – auch die Hochqualifizierten – vom lebenslangen Lernen beträchtlich profitieren.“

Quelle: Entschließung des Rates über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung

genutzt werden. Die erneuerte Agenda für Erwachsenenbildung enthält die dazu von den EU-Mitgliedstaaten vereinbarten politischen Orientierungen.

Erwachsenenbildung im Kontext der Strategie Europa 2020

Nach Einschätzung der EU ist die Erwachsenenbildung gegenwärtig das schwächste Glied in der Entwicklung nationaler Systeme des lebenslangen Lernens. Im Hinblick auf die Strategie ‚Europa 2020‘ sei es erforderlich, verbesserte Angebote für die große Zahl gering qualifizierter Europäerinnen und Europäer zu entwickeln.

An erster Stelle stehen dafür Angebote zur Vermittlung von Kompetenzen der Grundbildung wie das Lesen, Rechnen und Maßnahmen der ‚zweiten Chance‘ als Vorstufe zu einer Höherqualifizierung für einen Arbeitsplatz und das praktische Leben im Allgemeinen. So sei es auch erforderlich, den Erwerb von Grundfertigkeiten als Basis für die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen jedem zu ermöglichen.

Das Problem des Schulabbruchs sowie die Ausbildung und soziale Eingliederung von Mi-

granten und benachteiligten Gruppen müsse dringend bewältigt werden. Diese Probleme verlangten eine konzertierte Aktion in der Schul- und in der Erwachsenenbildung.

Außerdem unterstreicht der Rat, dass die Erwachsenenbildung dazu beiträgt, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Kreativität, Innovation und unternehmerisches Denken zu fördern. Sie spielt eine wichtige Rolle für die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktmobilität ihrer Beschäftigten.

Er fordert unter anderem auf, umfassende Lernangebote auch für ältere Menschen vorzusehen. Damit können sie aktiv, selbstständig und gesund alt werden und dabei ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihr soziales und kulturelles Kapital für die Gesellschaft einbringen.

Die erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung soll an den Aktionsplan Erwachsenenbildung anknüpfen. Dabei können die politischen Initiativen für die Schulbildung, Hochschulbildung (Bologna-Prozess) und berufliche Bildung (Kopenhagen-Prozess) vervollständigt werden.

Die erneuerte Agenda für die Erwachsenenbildung

In der Agenda sind fünf prioritäre Handlungsbereiche für die Jahre 2012 bis 2014 benannt und jeweils mit aus europäischer Perspektive relevanten Aspekten untersetzt:

1. Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität;
2. Verbesserung der Qualität und Effizienz in Bildung und Ausbildung;
3. Förderung der Chancengleichheit, des

sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns durch die Erwachsenenbildung;

4. Stärkung der Kreativität und Innovationskraft Erwachsener und ihres Lernumfelds;
5. Verbesserung der Wissensbasis über die Erwachsenenbildung und der Überwachung des Erwachsenenbildungssektors.

Die Mitgliedstaaten sind nun aufgerufen, entsprechend den innerstaatlichen Gegebenheiten in diesem Rahmen die speziell für ihren Bedarf wesentlichsten Punkte herauszugreifen und zu bearbeiten. Auch für die erneuerte europäische Agenda wird die OMK genutzt. Dies bedeutet, die Verantwortung für Bildungsfragen bleibt bei den Mitgliedstaaten, während die Europäische Kommission unterstützend und koordinierend tätig ist.

Der Rat der Europäischen Union schlägt vor, einen neuen Ansatz für die Erwachsenenbildung auszuarbeiten. Dieser soll mehr auf die Verantwortung und Autonomie des Lernenden setzen. Notwendig wären auch wirksame Systeme der lebenslangen Bildungsberatung sowie integrierte Systeme zur Anerkennung von Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die durch nicht formale und informelle Lernformen angeeignet wurden. Die Kommission wird durch den Rat aufgefordert, die Rolle der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft bei der Formulierung des Fortbildungsbedarfs und der Entwicklung von Lernchancen für Erwachsene zu stärken. Dieser Prozess, in dem zentrale, regionale und kommunale Behörden mitwirken, soll daraufhin optimiert werden.

Die Mitgliedstaaten werden ersucht, eine nationale Kontaktstelle zu benennen, um die Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission bei der Ausführung der Agenda für die Erwachsenenbildung zu erleichtern. □

Gabriele Pedrini, BBJ Consult AG

Infos

- *Entscheidung des Rates über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung im Internet unter <http://tinyurl.com/7abbhyp>*
- *Mitteilung der Kommission ‚Aktionsplan Erwachsenenbildung: Zum Lernen ist es nie zu spät‘ im Internet unter <http://tinyurl.com/7rvqqr2>*
- *Strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) im Internet unter <http://tinyurl.com/77fkqz1>*

Was ist formales, nicht (non) formales und informelles Lernen?

Die Begriffe ‚formal‘, ‚nicht (non) formal‘ und ‚informell‘ dienen der Systematisierung und Beschreibung der vielfältigen und sehr unterschiedlich organisierten Lernprozesse im Leben eines Menschen. Die Lernprozesse verlaufen in verschiedenen Zusammenhängen bewusst und auch zufällig. Die Diskussion um eine abschließende Definition ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Kommission verwendet in ihrem Memorandum die folgende Definition:

- Formales Lernen findet in „... Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen statt und führt zu anerkannten Abschlüssen und Qualifikationen ...“
- Nicht formales Lernen findet „... außerhalb der Hauptsysteme der allgemeinen und beruflichen Bildung“ statt und führt nicht unbedingt zum Erwerb eines formalen Abschlusses. Nicht formales Lernen kann am Arbeitsplatz und im Rahmen von Aktivitäten der Organisationen und Gruppierungen der Zivilgesellschaft (wie Jugendorganisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien) stattfinden. Auch Organisationen oder Dienste, die zur Ergänzung der formalen Systeme eingerichtet wurden, können als Ort nicht formalen Lernens fungieren (z. B. Kunst-, Musik- und Sportkurse oder private Betreuung durch Tutoren zur Prüfungsvorbereitung) ...“
- Informelles Lernen hingegen ist die „... natürliche Begleiterscheinung des täglichen Lebens. Anders als beim formalen und nicht formalen Lernen handelt es sich beim informellen Lernen nicht notwendigerweise um ein intentionales Lernen, weshalb es auch von den Lernenden selbst unter Umständen gar nicht als Erweiterung ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten wahrgenommen wird ...“

Quelle

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2000), ‚Memorandum über Lebenslanges Lernen‘, SEK (2000) 1832, Brüssel, S. 9 f.



Die Ausbildung ist in Bezug auf das lebenslange Lernen nur ein kleiner Abschnitt im Berufsleben – diese Erkenntnis sollte bereits in der Schulzeit reifen

Zukunft des Europäischen Sozialfonds in Deutschland

Die Vorbereitung der neuen Förderperiode ist im vollen Gange

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Förderzeitraum 2014 bis 2020 der EU-Strukturfonds werden derzeit kritisch ausgewertet. Zugleich dienen sie als Grundlage für die in den Mitgliedstaaten bereits laufenden Vorbereitungen auf die Zeit nach 2013.

Aus der Perspektive der Bundesländer hat der Bundesrat inzwischen Stellungnahmen zum Vorschlag für die EU-Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die verschiedenen Fonds und zum Vorschlag zur künftigen Verordnung für den Europäischen Sozialfonds (ESF) beschlossen. Im Vorfeld dazu formulierten die ESF-Verwaltungsbehörden von Bund und Ländern ihre Einschätzungen zu Eckpunkten der Kommissionsvorschläge in einem Positionspapier. Darin unterstreichen sie: „Unser gemeinsames Ziel ist es, den ESF auch ab 2014 erfolgreich umzusetzen. Dazu brauchen wir aber Gestaltungsspielräume, Planungssicherheit sowie einen effektiven und flexiblen Rahmen, der nicht zu bürokratisch ist und die eigentliche Umsetzung behindert. Nur so können wir den europäischen Mehrwert und die hohe Akzeptanz für den ESF erhalten.“

Zu den wesentlichen Kritikpunkten von Bundesrat und ESF-Verwaltungsbehörden gehören die unterbreiteten Vorschläge zur Partnerschaftvereinbarung, zur thematischen Schwerpunktsetzung, zu Konditionalitäten und zur breiten Anwendung delegierter Rechtsakte.

Partnerschaftvereinbarung

Die neu vorgesehene zwischen der EU-Kommission und dem Mitgliedstaat abzuschließende Partnerschaftvereinbarung soll den Rahmen für den Einsatz der EU-Mittel in den Jahren 2014 bis 2020 bilden. Dabei beabsichtigt die Kommission, nicht nur die Kernelemente der Operationellen Programme (OP) des Mitgliedstaates aufzunehmen, sondern auch die politischen Strategien sowie damit zusam-

menhängende Indikatoren und Meilensteine. Der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass daraus langwierige Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse resultieren würden, die den rechtzeitigen Start der Förderungen sowie den effizienten und effektiven Mitteleinsatz gefährden könnten. Zudem würden schwer zu kalkulierende und unzumutbare Haushaltsrisiken geschaffen und in die föderalen Strukturen in Deutschland eingegriffen. Vielmehr sollte eine Partnerschaftvereinbarung die strategischen Prioritäten und Ziele auf nationaler Ebene enthalten und die Programmplanung und Umsetzung weiterhin hauptsächlich über das OP erfolgen.

Thematische Schwerpunktsetzung

Der Bundesrat und die ESF-Verwaltungsbehörden begrüßen die Konzentration der ESF-Förderung mit Fokus auf die Europa-2020-Ziele. Allerdings werden Gestaltungsspielräume eingefordert. Sie sollen es erlauben, nicht nur von der europäischen Ebene gesetzte Themen, sondern auch regionale Bedarfe angemessen zu berücksichtigen. Die Konzentration eines Großteils der Mittel auf nur vier Investitionsprioritäten laufe dem zuwider.

Ex-ante-Konditionalitäten

In den Kommissionsvorschlägen ist eine lange Liste von Vorbedingungen (Ex-ante-Konditionalitäten) enthalten, die vom Bund bzw. von den Ländern erfüllt werden müssen, um die Fördermittel aus Brüssel tatsächlich zu erhalten. Der Bundesrat setzt sich dafür ein, die Konditionalitäten generell nur auf solche

Bereiche zu beschränken, die im Rahmen der Programmumsetzung zu beeinflussen sind.

Delegierung von Rechtsakten

Einen weiteren Schwerpunkt der Kritik bildet die an vielen Stellen in den Vorschlägen verankerte Befugnis der EU-Kommission, auf Basis der betreffenden Verordnung konkretisierende Bestimmungen zu erlassen, sogenannte delegierte Rechtsakte. Zum einen wird darauf hingewiesen, dass ein von Beginn an verbindliches und abschließendes Regelwerk eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Förderung darstelle. Zum anderen würden der Kommission Handlungsspielräume eingeräumt, deren Ausmaß nicht abschätzbar sei.

Es ist unklar, inwieweit die Anregungen und Forderungen des Bundesrates im EU-Gesetzgebungsverfahren aufgegriffen und in die letztlich vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union zu beschließenden Verordnungen einfließen werden. Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske hat das Positionspapier der ESF-Verwaltungsbehörden und die Stellungnahmen des Bundesrates an die Mitglieder des EU-Parlaments übersandt. Unabhängig davon laufen in den Bundesländern die Planungen und Abstimmungen für den bevorstehenden Förderzeitraum. □

Raul Skorubski, BBJ Consult AG

Infos

- ▶ *Beschluss des Bundesrates zum Vorschlag für die EU-Verordnung zu den Fonds (Drucksache 629/11) unter <http://tinyurl.com/7yapky>*
- ▶ *Beschluss des Bundesrates zur Verordnung für den ESF (Drucksache 598/11) im Internet unter <http://tinyurl.com/6ugqdov>*
- ▶ *Positionspapier der ESF-Verwaltungsbehörden zu den Legislativvorschlägen der Kommission im Internet unter <http://tinyurl.com/82bu6h8>*



Die Optimierung der Verfahrensabläufe

Neuigkeiten bei der Mittelanforderung

Nachdem in der letzten Ausgabe der BRANDaktuell mit einem ‚Augenzwinkern‘ aus dem Leben eines Mittelanforderungsbearbeiters berichtet wurde, sollen nunmehr wieder aktuelle Entwicklungen bei der Bearbeitung Ihrer Mittelanforderungen im Vordergrund stehen. Hierbei geht es im Besonderen um die letzte Mittelanforderung eines Haushaltsjahres.

Letzte Mittelanforderung im Haushaltsjahr

Diese Mittelanforderung soll gemäß den Zuwendungsbescheiden spätestens am 5. Dezember eines Jahres gestellt werden. Regelmäßig werden dann zu diesem Stichtag die für das Jahr noch zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen.

Die Erfahrungen insbesondere aus dem vorangegangenen Jahr 2011 haben gezeigt, dass sich die Bearbeitungszeiten gerade im Dezember, infolge der Vielzahl der zu diesem Zeitpunkt eingehenden Mittelanforderungen, deutlich verlängert haben. Die Ursache dafür liegt darin begründet, dass auch die Mittelanforderungen größtenteils belegseitig geprüft werden müs-



Papierakten sind bei der LASA passé. Das macht die Bearbeitung nicht unbedingt leichter, aber auf jeden Fall umweltfreundlicher und sicherer

sen. Grundlage dafür sind die EU-Vorschriften, die eine qualitativ hochwertige Abrechnung der bewilligten Mittel verlangen.

Achtung! Neuer Termin

Um zu gewährleisten, dass zukünftig, trotz vorstehender Prüfungsanforderungen, alle gestellten Mittelanforderungen auch noch im jeweiligen Haushaltsjahr zur Auszahlung gelangen, möchten wir Sie als Zuwendungsempfänger bitten, abweichend von der im Zuwendungsbescheid formulierten Auflage, Ihre letzte Mittelanforderung am 5. Dezember zu stellen, diese bereits am 15. November eines jeden Jahres einzureichen. Daran anknüpfend wird letztgenannter Termin zukünftig als Auflage in Neubewilligungen Berücksichtigung finden.

Mit Blick auf den alsbaldigen Verbrauch Ihrer angeforderten Mittel haben Sie die Möglichkeit, unter Punkt 5 des Formulars ‚Mittelanforderung‘ anzugeben, wann Ihnen die angeforderten Mittel frühestens bzw. wahlweise zum letztmöglichen Termin im jeweiligen Haushaltsjahr ausbezahlt werden sollen. Insofern können Sie Ihre noch zur Verfügung stehenden Mittel in Teilbeträgen abfordern.

Über dieses Ansinnen wird die LASA Brandenburg GmbH alle Zuwendungsempfänger, deren Projekte derzeit laufen, nochmals mit einer E-Mail voraussichtlich im Herbst informieren.

Im gegenseitigen Verständnis

Zum Schluss sei noch bemerkt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LASA Brandenburg GmbH, ergänzend zu unseren internen Bemühungen zur Optimierung der Bearbeitung Ihrer Anträge im Fördermittelmanagement, weiterhin auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung als Zuwendungsempfänger angewiesen sind. Daher auch schon im Voraus vielen Dank für Ihre Mithilfe. □

Thomas Schröder,
LASA Brandenburg GmbH

Toolbox Personalarbeit

Gegen Fachkräftemangel

Die Toolbox Personalarbeit für soziale Einrichtungen zur Fachkräftesicherung ist ein Projekt der zukunft im zentrum GmbH. Sie unterstützt Unternehmen bei der Bewältigung des Fachkräftebedarfs.



Die Homepage des Projekts Toolbox Personalarbeit

Von Arbeitgeberattraktivität bis Personalgewinnung – der Online-Werkzeugkasten stellt Tipps, Checklisten, Beratungs-, Weiterbildungs- und Vernetzungsangebote für Personalverantwortliche zur Verfügung. Künftig bietet die Plattform auch webbasierte Trainings zu Mitarbeitergesprächen oder Konfliktmanagement an. Begleitend zu der Online-Fassung gibt es den Schreibtisch-Aufsteller mit 20 Themenkarten rund um die Fachkräftesicherung. Das Projekt wird durch die ‚Fachkräfteinitiative in ostdeutschen Zu-



Der Schreibtisch-Aufsteller

kunftsfeldern‘ gefördert und durch die zukunft im zentrum GmbH mit den Projektpartnern Der PARITÄTISCHE Brandenburg, Der PARITÄTISCHE Berlin, LASA Brandenburg GmbH sowie Arbeit und Leben e. V. realisiert. □ (kr) Infos

Der Aufsteller für den Schreibtisch kann auf den Internetseiten der zukunft im zentrum GmbH unter www.toolbox-personalarbeit.de bestellt werden.

Wege in die Selbstständigkeit mit Franchise

23. April 2012; Ort: Berlin; Seminar zur Unterstützung bei der Suche, der Auswahl und der Prüfung passender Franchise-Konzepte und Coaching. Gebühr: keine; Veranstalter: FRANNET Büro Berlin Brandenburg, Internet: www.frannet.de

Herausforderung Unternehmensnachfolge – wichtige strategische und fachliche Hinweise

8. Mai 2012; Ort: Senftenberg; Das Seminar beinhaltet Ablauf, Vorgehen und Finanzierung eines Betriebsübergangs. Gebühr: keine; Veranstalter: IHK Cottbus, Geschäftsstelle Senftenberg, Dan Hofmann, Tel.: (03 55) 3 65-32 00, Internet: <http://tinyurl.com/7c7b6c5>

Ohne Bildung keine Teilhabe – Von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter

8. bis 10. Mai; Ort: Hannover; 79. Deutscher Fürsorgetag – Konferenz; Gebühr: 40 bis 85 Euro; Veranstalter: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge e. V.; Internet: <http://tinyurl.com/6tpbz2y>

Einführung in den ESF

21. Mai 2012; Ort: Berlin; Das Kompaktseminar führt in die EU-Struktur- und Kohäsionspolitik ein, benennt Merkmale von ESF-Projekten, gibt einen Überblick auf ESF-Bundesprogramme und Tipps zur Antragstellung.

Im nächsten Heft

AUSBILDUNG IN BRANDENBURG:

Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes, Chancengleichheit durch Inklusion, Ausbau der Berufsorientierung, Ergebnisse des Ausbildungskonsenses, Perspektiven

EUROPA:

Die ESF-Jahrestagung des Landes Brandenburg – erste Ergebnisse und Eindrücke

Newsletter und PDF

Wollen Sie noch umfangreicher und schneller informiert werden? Bestellen Sie den 14-täglichen kostenlosen BRANDaktuell-Newsletter und die BRANDaktuell im kostenlosen PDF-Format, die für Sie stets vor der Druckversion zur Verfügung steht.

Bestellung

Internet: www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell/bestellungen.6.0.html

ESF-Jahrestagung 2012

„Land im Wandel – mit dem ESF demografische, soziale und globale Herausforderungen meistern“

Mit der Tagung möchte das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg den partnerschaftlichen Dialog für die neue Förderperiode 2014–2020 mit einer Diskussion der Querschnittsthemen und Umsetzungsprinzipien für den ESF fortsetzen und erste Überlegungen zu möglichen Investitionsschwerpunkten präsentieren.

Termin: 4. Juni 2012
Ort: Axxon-Hotel und Stahlpalast in Brandenburg a. d. Havel
Gebühr: keine
Infos

Anmeldung demnächst auf den Internetseiten der LASA Brandenburg GmbH unter <http://tinyurl.com/73zut6l>



Roadmap zum Traumberuf – der neue Schülerkalender

Der kommende Schülerkalender 2012/13 soll die Schülerinnen und Schüler wieder dabei unterstützen, den richtigen Weg zum Traumberuf zu finden und Anregungen für die Zeit nach der Schule geben. Wie in den beiden letzten Jahren bewährt, soll der Kalender auch im kommenden Schuljahr wieder einen umfassenden Überblick bieten, welche Berufe in Brandenburg erlernt werden können und welche Studiengänge es an den brandenburgischen Hochschulen und Universitäten gibt. In jeder Schulwoche wird ein neuer Beruf vorgestellt – insgesamt 47 aus 12 verschiedenen Wirtschaftsbranchen.

Dazu werden die wichtigsten Fragen zur Berufswahl und zu den Ausbildungswegen beantwortet. Vervollständigt wird dies durch Tipps für die Bewerbung, durch eine Internetadressenliste und eine Auflistung von Terminen zur Bewerbung und Berufsinformation.

Redaktionell wird er von der LASA Brandenburg betreut. Bis zum Start der Sommerferien werden landesweit 25.000 Kalender kostenlos an Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen über die Schulen verteilt.

Infos



Das Ringbuch wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Gebühr: 295 bis 345 Euro; Die Seminarkosten können durch Bildungsprämie oder dem Brandenburger Bildungsscheck finanziert werden; Veranstalter: emcra Berlin, Tel.: (03 30) 31 80 13 30, Internet: <http://tinyurl.com/7egoe6b>

Infoveranstaltung für Gründungsinteressierte

30. Mai 2012; Ort: Potsdam; Informationen zur Existenzgründung. Um Anmeldung wird gebeten. Veranstalter: IHK-RC Potsdam-Mittelmark, Tel.: (03 31) 27 86-2 05, Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam; Internet: <http://tinyurl.com/73xcoex>

Kostenlose Telefonberatung zur Unternehmensnachfolge

14. Juni 2012; Ort: Berlin; Gebühr: keine;

Veranstalter: Unternehmerinnen.org, Tel.: (0 30) 3 03 06 81 40, Internet: <http://tinyurl.com/892auyw>

T5 Jobmesse

13. Juni 2012; Ort: Berlin; Gebühr: keine; Die T5 Jobmesse richtet sich an Absolventen, Doktoranden und Berufseinsteiger aus der Naturwissenschaft, Ingenieurwissenschaft, Pharmazie und Medizin, aber auch an Technische Assistenten, Gesundheits- und Krankenpfleger oder Laboranten. Auf der Messe können sie Kontakte zu Arbeitgebern knüpfen. Da es sich bei den T5 Jobmessen um geschlossene Veranstaltungen handelt, ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Internet: <http://tinyurl.com/834yvkp>

Start frei für den Relaunch!

BRANDaktuell im neuen Outfit ab der nächsten Ausgabe

„Start frei für BRANDaktuell“ – mit diesem Titel erschien im Juni 1993 unsere erste Ausgabe – so einige von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, können sich sicherlich daran erinnern. Seitdem begleiten wir die Prozesse auf dem Arbeitsmarkt und den Einsatz des ESF und bereiten diese für Sie so ansprechend und praxisorientiert wie möglich auf. Gestaltung und redaktionelles Konzept des Magazins modifizierten wir seitdem mehrfach – nicht zuletzt, weil Sie uns in Leserbefragungen immer wieder wertvolle Hinweise für unsere Redaktionsarbeit gaben.

Auch im vergangenen Jahr erhielten wir aus der Leserbefragung viele Anregungen von Ihnen. Über die Ergebnisse der im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) durchgeführten Evaluierung haben wir Sie in der Ausgabe 5/2011 infor-



Erika Nilsson leitet das ESF-geförderte Projekt BRANDaktuell seit Beginn im Jahr 1993

miert. BRANDaktuell erhielt von Ihnen gute Noten, am grundsätzlichen Magazinkonzept gab es keine massiven Kritikpunkte.

Aber es gab auch kritische Hinweise, wie den Wunsch nach mehr und schnell erfassbaren Kurzinformationen, die Leserführung zu verbessern und das Magazin transparenter zu gestalten. Deutlich wurde, dass die verschie-

denen Zielgruppen sich in ihrem Lesebedürfnis unterscheiden – alles Anregungen für einen erneuten konzeptionellen Relaunch.

Wann, was, wie?

Mit der nächsten Ausgabe ist es dann soweit: Sie werden BRANDaktuell im neuen Gewand erhalten! Mit der Ausgabe 3/2012 erscheint das Magazin neu strukturiert, und zwar in einen Teil mit ausführlichen Beiträgen und Hintergrundartikeln und in einen Informationsteil mit einem Mix aus Nachrichten und Berichten. Beide Teile sind – auch im Inhaltsverzeichnis – farbige voneinander abgegrenzt und damit für Sie leicht erkennbar. Hiermit wollen wir die Leserschaft, die kurze Informationen auf einen Blick favorisiert, bedienen, während die Leserschaft, die ausführliche Artikel schätzt, ebenfalls berücksichtigt wird. Um Sie besser durch das Heft zu führen, werden die Berichte und Nachrichten über der Überschrift durch Schlagworte eingeleitet. Damit können Sie schnell erkennen, um welches Thema es sich handelt. Insgesamt wird BRANDaktuell in einem luftigeren Layout erscheinen.

Wir hoffen, Sie haben diese Ausgabe, die letzte ‚im alten Kleid‘, mit Freude gelesen. Doch wir hoffen auch, Ihre Neugier auf das Outfit der nächsten Ausgabe geweckt zu haben! □
 Erika Nilsson, LASA Brandenburg GmbH



Antje Kühnert,
 LASA Brandenburg GmbH

Zum Schluss bemerkt ...

... hat die LASA Brandenburg GmbH im Jahr 2011 insgesamt 2.457 Projekte und Maßnahmen bewilligt, an denen ca. 52.300 Personen teilnehmen sollen. Damit sind rund 74 Mio. Euro aus Mitteln des ESF und des Landes per Zuwendungsbescheid für 2011 und Folgejahre vorgesehen. Dazu zählen Maßnahmen wie die geplanten 655 Qualifizierungen von über 6.200 Beschäftigten in Brandenburger Unternehmen. Mehr als 820 Anträge von Bildungsdienstleistern zur Einlösung von ca. 1.500 Bildungsschecks wurden bearbeitet.

Das Jahr 2012 wird in dieser Hinsicht spannend: Die neue Weiterbildungsrichtlinie, die beide Förderungen zusammenfasst, wird voraussichtlich Mitte des Jahres vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) in Kraft gesetzt. Die Förderung von Zielgruppen des Arbeitsmarktes ist und bleibt nicht nur im Regionalbudget eines der Hauptziele im Arbeitspolitischen Programm Brandenburg. Von der Förderung aus Landesmitteln bei ‚Arbeit für Brandenburg‘ konnten im Jahr 2011 rund 900 (seit Juli 2010 etwa 1.500) Personen profitieren. 2012 plant das MASF hier zusätzlich die Förderung von ‚Integrationsbegleitern‘. Außerdem ist noch eine Richtlinie in Arbeit, die Zuwendungen für die Ausbildung von Zielgruppen des Arbeitsmarktes zu Altenpflegehelfern vorsieht.

Fragen Sie uns zu den Förderprogrammen. Wir beraten Sie gern! Gemeinsam bringen wir auch 2012 Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte erfolgreich auf den Weg!

Infos

Call-Center der LASA, Tel.: (03 31) 60 02-2 00,

Internet: www.lasa-brandenburg.de



Das Arbeitspolitische Programm wird aus Mitteln des ESF und des Landes gefördert.



So in etwa können Sie das neue Layout von BRANDaktuell erwarten

BRAND **aktuell** 2 | 2012

Arbeitsmarktpolitischer Service der
Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH,
ISSN 1863 – 5849
Wetzlarer Straße 54, 14482 Potsdam

Telefon: (03 31) 60 02-3 28
Fax: (03 31) 60 02-4 00
Internet: www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell
E-Mail: brandaktuell@lasa-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Dr. Veit-Stephan Zweynert
Projektleitung: Erika Nilsson
Redaktion: Uta Jacobs (jac), Sylvia Krell (kr),
Elke Mocker (em)
Gestaltung: Uta Jacobs, Sylvia Krell,
Elke Mocker, Petra Werner
Fotos/Grafiken: LASA-Archiv; ESF-Technische Hilfe Brandenburg
bei der BBJ Consult AG Niederlassung Deutschland;
Titel: Fotolia Mihai Simonia, Thomas Bender (S. 3);
Foto Klick-Klack, Prenzlau (S. 7); Bundesagentur für
Arbeit (S. 11); LANDaktiv (S. 13); Dirk Laubner/Berliner
Flughäfen (S. 14); Marion Schmieding, Alexander Obst/
Berliner Flughäfen (S. 15); SKALTTEX (S. 16); GEOTANK
(S. 18); 'young companies' (S. 20); Volker Döring/BILD-
ART (S. 21); Agentur BELLOT (S. 24); EU (S. 28)
Grafisches Konzept: SCHWEIGER DESIGN, Potsdam
Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlags-
gesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24/25,
14476 Potsdam-Golm
Bestellung: Die Exemplare sind kostenlos und können
telefonisch oder schriftlich bestellt werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors
wieder, nicht unbedingt die des Herausgebers oder der Redaktion.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur zulässig mit Quellenangabe
und Zusendung von zwei Belegexemplaren!

Redaktionsschluss für Nr. 3/2012: 11. Mai 2012

Der ESF für Brandenburg im Internet:
www.esf.brandenburg.de

BRANDaktuell wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds
und des Landes Brandenburg gefördert.

Europäischer Sozialfonds – Investition in Ihre Zukunft.



Schon mal drüber nachgedacht?
Dann fragen Sie! Tel.: (03 31) 60 02-3 33

Für alle Fragen zum 'Arbeitspolitischen Programm Brandenburg –
In Menschen investieren – Regionen stärken' steht Ihnen unter dieser
Telefonnummer das Call-Center zur Verfügung:

Call-Center der LASA
Tel.: (03 31) 60 02-2 00

